Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 392. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Montag, den 24. August 1863.**

(Siehe die telegraphischen Depeschen am Schluß der Zeitung.)

Der Abgeordnetentag.

Erste Sitzung am 21. August.*)

In der vorangegangenen vertraulichen und mehr geselligen Zusammenkunft von gegen 200 eingetroffenen Abgeordneten am gestrigen Abend, an welchem auch einige Anträge vertheilt wurden, waren nur etwa 25 preußische Abgeordnete anwesend, u. A. die Herren Otto, Duncker, Becker (Dortmund), Graf Hake, Metzmacher, Major Steinhardt, v. Unruh, v. Rönne (Solingen), Taddel, Schulze (Berlin), Freiherr v. Vaerst, Runge. Es sind im Ganzen gegen 400 Abgeordnete angemeldet; 300 davon dürften den Verhandlungen beiwohnen.

Heut um 10 Uhr begann die erste öffentliche Sitzung. Der Vorsitzende Dr. S. Müller heißt die Eingeladenen willkommen und weist auf die Pflicht eines jeden Bürgers hin, an den Arbeiten für das Vaterland theilzunehmen; Anerkennung verdiene es, daß Männer aus der Ferne herbeieilen, um an der Förderung für das Wohl des allgemeinen Vaterlandes zu arbeiten. Der deutsche Abgeordnetentag sei nur ein Nothbehelf, werde aber hoffentlich bald durch ein deutsches Parlament ersetzt werden. Die Hauptfrage, die deutsche, sei in den letzten Tagen an uns herangetreten, aus einem Kreise, woher man es am allerwenigsten erwarten konnte. Die Vorlage sei zu prüfen und man müsse sich dabei lediglich als deutsche Abgeordnete betrachten, nicht als Vertreter einzelner Länder.

Auf den Vorschlag des Abg. Nebelthau, und da Herr Müller die Leitung der Geschäfte aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt, werden Herr von Bennigsen aus Hannover zum ersten, Herr Barth aus Kaufbeuern zum zweiten und Herr v. Unruh aus Berlin zum dritten Präsidenten durch Acclamation gewählt. Herr v. Bennigsen nimmt die Wahl an, dankt und weist auf die zu berathenden wichtigen Fragen, das österreichische Reformproject, hin. Die Versammlung habe zwar kein Mandat, sie könne aber durch Einmüthigkeit in den Beschlüssen und dem gefaßten Standpunkte großen Einfluß auf die Völker und Fürsten haben. Nur einen Satz wolle er aussprechen, der feststehen soll, einen Satz, den kein deutscher Abgeordneter verleugnen darf: Eine neue deutsche Verfassung kann nur ins Leben treten unter der freien Zustimmung der Vertreter des deutschen Volkes. (Beifall.)

Logen und Gallerien des Saales sind gefüllt, viele Damen.

Es wird nunmehr das Schriftführer-Bureau gebildet; bei Feststellung der Tagesordnung stellt Herr Venedey den Antrag, der Abgeordnetentag möge sich bis zum 18. Oktober vertagen, in weiterer Motivirung wird er von dem Präsidenten unterbrochen, da diese Motivirung zur Diskussion über die deutsche Frage gehöre.

Der Präsident verliest zur Einleitung der Diskussion über diese Frage die bekannten Anträge des Ausschusses in den römischen 5 Nummern. Es werden ferner Anträge verlesen, gestellt vom Abg. Dr. Becker auf schleunige Einberufung des deutschen Parlaments auf Grund des Beschlusses von 1848 Hrn. Welcker, ungefähr dasselbe sagend, von Dr. Karl Grün, den Fürstencongreß zu ersuchen, sofort ein deutsches Parlament nach Frankfurt zu berufen und dieses Ersuchen durch eine Deputation den Fürsten zur Kenntniß zu bringen. Herr v. Sybel (Düsseldorf) reicht einen Abänderungsvorschlag zu Nr. II., III., IV. der Ausschußanträge ein. Herr Ammermüller (Stuttgart) will, daß erklärt werde, daß das Reformproject den Rechten und Freiheiten des Volkes nicht entspreche und die Einberufung des deutschen Parlaments nothwendig sei. Auch Herr Fischer (Breslau) stellt einen Antrag. Der obenerwähnte Antrag Venedeys wird gehörig unterstützt, und da er als ein präjudicieller nicht angesehen wird, kommt er auch nicht, wie es Hr. Venedey gewünscht, zunächst zur Debatte.

Berichterstatter Prof. Häusser (Heidelberg) erhält das Wort: Der Fürstencongreß habe die ursprüngliche Tagesordnung geändert; erst seit 2 Tagen sei das Reformproject gekannt, man sei zusammengetreten unter dem Eindruck eines erfreulichen Ereignisses; erfreulich sei es, daß einer der mächtigsten deutschen Fürsten, ohne gedrängt zu sein, die Initiative ergriffen. Man möge nicht grübeln, ob Hintergedanken maßgebend gewesen seien. Die Thatsache sei da, was vor 10 Jahren strafbar, und dann Träumerei, heut sei die Frage durchgebrochen, das Bedürfniß sei anerkannt, die Frage könne nicht mehr todtgeschwiegen werden und das sei ein erquickliches Resultat. Was vielfach bestritten, komme nun doch zur Geltung und das sei eine Genugthuung für diejenigen, welche das Banner stets hoch gehalten haben. — Die Stellung des Abgeordnetentages und des Ausschusses sei ein anderer gewesen, als sie jetzt geworden.

Der Ausschuß hat geglaubt, seine Stellung in einzelnen Punkten preisgeben zu dürfen; er wollte nicht spröde und eigensinnig, er wollte nachgiebig sein, nicht hinderlich dem großen Reformproject entgegentreten. Man möge sich aber nicht blenden lassen durch den Schein irgend einer Repräsentation, nicht täuschen lassen, sondern nüchtern prüfen, ob der Preis der zu bringenden Opfer im Verhältniß stehe mit den dargebotenen Verbesserungen. — Die Bedenken in Nr. III. seien wichtig, der österreichische Entwurf habe es unterlassen, ein Minimum der Freiheiten der Volksvertretung anzugeben. Die Freiheiten des Volkes basirten aber noch auf das im Jahre 1815 Gegebene. Wie werde sich Oesterreich und seine Februarverfassung zu dem fester geeinigten Deutschland, wie Oesterreich mit seiner Gesammtstaats-Verfassung zu diesem Deutschland stellen? Wie soll der Dualismus ohne gewaltthätige Reibung beseitigt werden? Das Projekt zeigt ein entschiedenes Uebergewicht Oesterreichs, nicht blos in der formellen Leitung. Redner analysirt nun den Entwurf. Was die Erweiterung betreffe, so sei sie im Grundsatze freudig zu begrüßen. In dem Maße aber, in dem die Competenz der Bundesgewalt erweitert, in demselben müssen die constitutionellen Mittel der Abwehr verstärkt werden. Im Wesen des Staatenbundes liege es allerdings, daß er Gleiches nicht leisten kann; ein Directorium von Fürsten kann nicht Gleiches geben, wie ein constitutioneller Monarch; das sei eine Consequenz der Grundlage. Art. 4 und 5 des Projektes habe für die constitutionellen Freiheiten seine Bedenken; eine absolute Spitze ohne verantwortliche Organe sei eine Anomalie. — Die Erweiterung des Bundeszweckes mache sich bemerkbar in der auswärtigen Politik und der Frage über Krieg und Frieden. Der neue Entwurf wolle, daß Oesterreich im Namen Deutschlands die völkerrechtliche Vertretung übernimmt. In dem Bund von 1815 sei der defensive, friedfertige Charakter desselben mit großer Aengstlichkeit betont, im Project sei dies anders. Man spreche da von Deutschland als Gesammtmacht, aber manche Anomalie finde sich vor. In Absatz 4 und 5 des Art. 8 des österreichischen Projekts finde sich ähnliches, wie in §§ 40 und 47 der wiener Schlußacte, obgleich wesentlich modificirt (liest die Artikel). Eine Gefahr liege darin, daß die einfache Majorität über Krieg und Frieden beschließen könnte, es liege darin eine Gefahr, weil die eine oder die andere Großmacht davon einen bedenklichen Gebrauch machen könnte — Auch Art. 9 habe seine großen Bedenken. Dieser Artikel entspreche den Art. 25 und 26 der Schlußakte von 1820, die ja doch nur aus den Carlsbader Beschlüssen hervorgegangen, und doch seien sie im Vergleich mit Art. 9 eine Garantie constitutioneller Freiheit zu nennen. In Art. 9 fehle jede gesetzliche Norm, mit diesem Artikel hätte man 1850 einen Schein der Rechtfertigung für das Einschreiten in Kurhessen gehabt (Beifall). Mit solchen Tendenzen erreiche man nicht die begehrte Einheit. Ueberall ferner, wo es sich um gemeinnützige Einrichtungen handelt, lehne sich der Entwurf ängstlich an den alten Bund an; das zeige Art. 9 und 11. Hier fordere man auch nicht mehr Stimmeneinhelligkeit, man wolle aber von 21 Stimmen 17, und das sei praktisch gleichbedeutend mit Einhelligkeit. — In der Bestimmung über die Bundesabgeordneten sollte die Garantie gegen die Bundesgewalt liegen. Was aber von § 16 ab darüber gesagt ist, so beruhen sie auf dem Begriff einer Delegirten-Versammlung mit ihren Mängeln, die gekannt sind. Aber auch noch andere Inconvenienzen treten hervor: ein Dritttheil solle aus den ersten Kammern bestehen; leider aber seien diese ersten Kammern fast alle nicht dazu angethan, in ihrer Zusammensetzung wie in ihrer Haltung irgend eine Bürgschaft für die freiheitliche Entwickelung zu geben (Beifall). Diese ersten Kammern stehen zumeist in tiefem Riß mit dem Volke. (Hört!) Es blieben dann noch 51 Stimmen zur Majorität und diese würden bei reactionärer Strömung in Deutschland in den Herrenhäusern leicht zu finden sein. (Heiterkeit.) — In Art. 17 Abs. 1 wird über die Dauer des Mandats eine Bestimmung getroffen; sie würde der Versammlung den Charakter des Unstätigen, des Wandelbaren geben; die Mitglieder der Herrenhäuser würden aber stabil sein, und das möge möge man nicht vergessen. — Der Entwurf habe nicht daran gedacht, daß Mecklenburg keine Vertretung habe. Doch vertreten die Feudalen in feudaler Weise sich selbst, nicht das Volk. Die Versammlung soll nun nur alle 3 Jahre zusammenkommen; sei es aber Ernst mit dem Ganzen, so sei diese Zumuthung, nur alle 3 Jahre ihre Angelegenheiten zu controliren, unbegreiflich. — Die Competenz der Versammlung sei im Art. 13 berührt, hier aber zweifelhaft gelassen, wie weit die Cognition der Beschlüsse des Directoriums zur Competenz der Versammlung gehörte. — Auch die Bestimmungen in Art. 14 seien in Form und Inhalt ungewöhnlich. Die Controle der Finanzen schwinde wesentlich. In Art. 20 sei die beschließende Befugniß definirt; Ziffer 2 und 3 seien aber unzulänglich und zweifelhaft; auch die Ziffer 4 sei bedenklich. Man dürfe sich nicht durch den Schein der Vertretung blenden lassen; es komme darauf an, wer die Vertretung ist und wen sie vertrete, und einer solchen Vertretung könne man alle die herrlichen Güter nicht anvertrauen. — Die Fürsten können aber endlich nicht ohne die Verantwortlichkeit der Minister das Reformwerk in die Hand nehmen; sie bedürfen jetzt schon der Mitwirkung der Landesvertretungen. Endlich sei auch Art. 25 äußerst bedenklich. Namentlich der erste Punkt könne nicht der Fürstenversammlung lediglich überlassen bleiben; damit könne die Existenz des Bundes alterirt werden. — Bezüglich des Bundesgerichts seien ebenfalls Punkte zu mängeln. Die Bildung des Bundesgerichts sei in die Hände der Regierung gelegt; es fehle für mancherlei Streitigkeiten eine Instanz. In Art. 30, Absatz 2 sei eine Inconsequenz mit Art. 28 Absatz 2 enthalten. Würtemberg würde sich der Anwendung dieses Artikels nicht übermäßig zu erfreuen haben. Mögen diese Bemerkungen genügen, eine erschöpfende Begründung sei unmöglich, aber die Anträge III. mußten motivirt werden, gesagt muß werden, daß einige Bestimmungen höchst bedenklich. — In Art. 4 sei mancherlei beantragt. Wir wünschen die volle Parität der beiden Großmächte; in dieser Hinsicht hat der Entwurf nicht alle gebotene Vorsorge getroffen; die Form des Entwurfes könne eine bequeme Handhabe für jegliche Ablehnung der Theilnahme geben. Wir verlangen den Eintritt der deutschen Provinzen Preußens in den Bund; wir können den Eintritt Gesammtösterreichs nicht verlangen. Der Standpunkt des partikularistischen Preußens, man wolle nicht den Eintritt aller Provinzen, um die Großmachtstellung zu wahren, sei nicht der des Ausschusses. Aber Provinzen müssen in den Bund, mit denen unsere stolzesten Erinnerungen verknüpft sind, die Heimath Kants und Herders, die Heimath derer, die sich 1813 erhoben; diese theuren deutschen Länder müssen wir haben, wir können sie nicht missen; das ganze Deutschland soll es sein. Mögen die Preußen mir die vielleicht etwas warme Motivirung verzeihen. — Es sei vielleicht nicht zufällig, daß der Abgeordnetentag mit dem Fürstentag zusammentrifft, das sei eine glückliche Fügung.

Möge man den alten Principienstreit lassen — nur durch eigene Mitwirkung der Nation kann das Reformwerk gedeihen. Der Ausschuß verlangt nichts Unausführbares, er lehnt sich an frühere Bundesbeschlüsse an. Möge die Versammlung die Anträge frei von selbstsüchtigen Gedanken, frei von Vorurtheil erwägen, getragen von dem Gedanken: Das Wohl des Vaterlandes! (Stürmischer Beifall.)

Der Abgeordnetentag beschließt den Antrag der ständigen Commission, lautend: „Die ständige Commission wird beauftragt, dem weiteren Verlaufe der neuesten Reformbestrebungen ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, und wenn Ereignisse eintreten oder veränderte Vorlagen erfolgen, welche eine Thätigkeit des Abgeordnetentages nothwendig machen, sofort die erforderlichen Schritte zu thun, namentlich eine außerordentliche Versammlung des Abgeordnetentages zu veranlassen, auch in geeigneten Fällen vorläufige Erklärungen auf der Grundlage der Beschlüsse des Abgeordnetentages in Vertretung desselben abzugeben.“

Herr Venedey vertheidigt seinen Antrag; der Fürstentag werde mit seinen Arbeiten nicht fertig werden; in der Versammlung werden auch Häkchen gefunden werden, darum möge man sich vertagen; er tritt aber zu Gunsten des Ausschußantrages zurück. — Herr Becker (Dortmund): In der Tendenz sei kein Unterschied zwischen seinem und dem Commissionsantrage; in letzterem seien aber überflüssige Dinge, die zu Mißverständnissen Anlaß geben könnten. Nach der Kritik des Berichterstatters sei der Entwurf pure abzulehnen. Die Mängel der Reichsverfassung von 1849 können nur durch das deutsche Parlament beseitigt werden, nicht durch die Fürsten, nicht durch den Abgeordnetentag, der nicht in der Lage ist, im Namen der Nation zu sprechen und irgend welche Erklärungen abzugeben. Man wisse ja auch noch gar nicht, wohin sich die deutschen Fürsten einigen wollen, man kenne ja nur den Entwurf; man wisse nicht, wie sich Preußen dazu verhalten werde. An der Reichsverfassung allein müsse man vorläufig festhalten. — Herr Welcker (Heidelberg): Dankbar müsse man die Bemühung der Fürsten in der deutschen Reformsache anerkennen, durchdrungen sei er von dem Wunsche einer friedlichen Einigung mit den Fürsten, von dem Gedanken, daß nur das Recht des deutschen Volkes das Siegel der Aufrichtigkeit dem Werke aufdrücken könne. Nur auf den deutschen Rechtsboden müsse man zurückgehen, und in dieser Beziehung stimme er nicht mit der Commission. Auf dem historischen Boden müsse man feststehen, die Verfassung von 1849 sei rechtmäßig entstanden, Veränderungen können nur auf verfassungsmäßigem Wege mit verfassungsmäßigem Wahlgesetz vorgenommen werden. Redner geht auf Einzelheiten ein, auf das Verhalten des hessischen Gesandten v. Löpell in der Nationalversammlung. Die Reichsverfassung ist rechtmäßig zu Stande gekommen; sie ist ein Ehrenwerk der deutschen Nation, an welcher man festhalten müsse; sonst werde sich Niemand mehr zum Verfassungmachen hergeben. Das Rechtsbewußtsein des Volkes müsse man achten, dieses Volk wird das Werk zu Stande bringen, Preußen und Oesterreich allein werden das Werk nie zu Stande bringen. Recht ist Friede, Friede ist Recht! (Stürmischer Beifall.) Herr Dr. Grün: Sein Antrag sei aus Zweckmäßigkeitsgründen gestellt; weder Fürsten, noch diese Versammlung, sondern allein das deutsche Parlament seien competent. Ob die Deputation angenommen wird, diese Frage sei nicht aufzuwerfen; in Frankfurt werde man höflich sein, und wenn nicht, so falle der Makel nicht auf die Deputation. — Auch Herr v. Sybel (Düsseldorf) vertheidigt seinen Antrag. Man könne ja weiter gehen als Vorredner, man solle die Fürsten einladen, das Reformproject gleich einmal in Scene zu setzen — dazu sei aber noch nicht Zeit. Sein Antrag gehe davon aus, die Artikel II. und III. des Ausschußantrages dahin zu ändern, zu erklären, daß das Reformproject die erforderlichen Garantien für das deutsche Volk nicht enthält. Hier müsse man Beschlüsse fassen mit einfachen Worten, um die öffentliche Meinung zu corrigiren und zu führen, und wer den Referenten gehört hat, kann nicht mehr sagen, das Project errege Bedenken, sondern müsse sagen, dasselbe tauge nichts. — Nur die bundesstaatliche Einrichtung ist für uns etwas werth, welche die Verfassung von 1849 geschaffen; das müssen wir sagen in nackten Worten. — Den Art. 4 der Commissionsvorschläge solle man streichen; unsere Versammlung dürfe nicht Alles sagen. Man könne noch nicht von der Parität sprechen. Gleiche Berechtigung beruhe auf gleicher Macht. Wer war vor 8 Tagen der Mächtigere in Deutschland, wer wird es übermorgen sein? Diese Frage kann Keiner beantworten. Die Gleichberechtigung der Mächte liege vor und bedürfe keiner weiteren Anerkennung. — Was die Angehörigkeit der Ostseeprovinzen betrifft, so müsse man bei allen Sympathien für dieselben doch keinen Ausspruch über ihren Eintritt in den Bund thun und zwar aus Zweckmäßigkeitsgründen. Preußen muß Oesterreich gegenüber seine Großmachtsstellung in Europa wahren, und das kann es nur, wenn es Provinzen hat, die nicht zum Bunde gehören. Man darf Preußen heut nicht zwingen wollen, aus der Reihe der Großmächte herauszutreten. Vor Allem möge man die Zersplitterung hier vermeiden. Der Schwerpunkt aller Anträge liegt darin, daß in Deutschland ohne Zustimmung der Nation kein Verfassungsstaat geschaffen werden darf.

Herr Ammermüller (Stuttgart): Die Ausschußanträge behandeln die Sache zu sehr mit Sammethandschuhen; deshalb hatte er seinen Antrag gestellt, will ihn aber nicht weiter motiviren, sondern sich mit den Vorrednern verständigen.

Herr Fischer (Breslau) ist namentlich gegen Punkt II. der Ausschußanträge. Oesterreich wolle, daß das Direktorium den Bundesfeldherrn ernenne; glaube man, daß sich die Großmächte einem Bundesfeldherrn unterwerfen? Erinnere man sich doch der Befehle, die Prittwitz hatte. Den Drohungen gegenüber müsse man eine Kraft haben. Der Bundesfeldherr kann nur Einem unterworfen sein, diesen Einen zu finden, dazu giebt die Reichsverfassung das Mittel. Treue der Reichsverfassung — das ist unsere Verpflichtung. Mögen die Fürsten darauf eingehen, möge man positiv den Fürsten entgegentreten, ihnen sagen: Der ist unser, der die Reichsverfassung in die Hand nimmt, der sei deutscher Kaiser!

Herr Schulze-Delitzsch. Die Competenzfrage gehe durch alle Anträge, gleichzeitig habe man aber auch das Project critisirt und das sei Pflicht aller Männer des öffentlichen Vertrauens. Die Projecte führen nun und nimmer mehr zur Befriedigung des nationalen Bedürfnisses, sondern sie dienen nur dazu, uns abzuführen von dem wahren Weg. Die Vorlage könne man begrüßen, das Project selbst nicht; die Vorlage zeugt, daß bei den Fürsten das nationale Gewissen erwacht; dies diplomatisch-dynastische Gewissen sei aber anders als ein gewöhnliches Gewissen; letzteres, an die Schuld gemahnt, will Anstalt machen, die Schuld zu tilgen; ersteres weicht der Forderung aus, bringt von der richtigen Spur ab, damit das Volk nicht zu sehr mahnt. Hübsch wäre es, wenn das Project durchginge, man würde da den ganzen Jammer des Bundestags verewigen, das Volk verlöre damit alles Recht der zukünftigen Abänderung. — Was ist nun politisch geboten? Ablehnung oder Vorbehalt? Redner steht auf dem Boden der Ausschußanträge; einfache Ablehnung wäre ein großer politischer Fehler, damit käme man schwerer zum Parlament, als mit den Ausschußanträgen. Das einstige Parlament werde dann schon die rechten Bahnen finden. Bei unbedingter Ablehnung helfe man den Fürsten aus großer Verlegenheit; nicht politisch wäre die Ablehnung — Principienreiterei wäre hier nicht am rechten Orte. Principien dürfe man nicht todt reiten, ehe sie zur Geltung kommen können. Man dürfe nicht selbst helfen, die hervorgerufenen Geister zu bannen, nicht die Fürsten los lassen; die Falle, die sie uns gelegt, soll ihnen zur Probe werden. Wollen sie Ernst, dann können sie ein Parlament nicht fürchten.

Was Preußen betrifft, so wolle er die Sache als Deutscher behandeln. (Folgt eine nicht mitzutheilende Stelle.) — Der Punkt über die Ostseeprovinzen hätte wegbleiben können, jetzt müsse er bleiben, da er einmal da ist. Es sei ein deutsches Interesse, Preußen zu einer großen **deutschen** Macht umzugestalten. (Anhaltender stürmischer Beifall.) Unser caeterum censeo an das Volk, — das ist unsere Legitimation Fürst und Volk gegenüber. Wir haben der rettenden Thaten von oben genug; die haben uns so weit gebracht, daß wir nicht mehr vorwärts kommen. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Herr Trabert (Kurhessen) tadelt alle Anträge, alles sei Idee. Er schlägt die Resolution vor: Der Abgeordneten-Tag erklärt, daß der Entwurf den nationalen Forderungen zwar nicht entfernt genüge, daß er aber dennoch nicht unbeträchtliche Fortschritte enthalte und deshalb zu acceptiren sei unter der Voraussetzung der Zustimmung einer Nationalvertretung.

Um 1¼ Uhr wird die Sitzung bis 2½ Uhr vertagt.

Von den Herren Dr. Becker (Dortmund), Welcker (Heidelberg) und Ammermüller ist der gemeinschaftliche Antrag gestellt: Der Abgeordnetentag wolle das Verlangen aussprechen, 1) daß die deutsche Reichsverfassung, welche in den Jahren 1848 und 1849 von der gesetzmäßig berufenen, verfassunggebenden Nationalversammlung berathen, beschlossen und verkündet wurde, baldigst ins Leben trete; 2) daß deshalb das deutsche Parlament schleunigst einberufen werde und 3) daß diesem Parlament alle Anträge, welche auf eine zeitgemäße Ergänzung der Reichsverfassung und die Vornahme etwa nothwendiger Abänderungen zielen, namentlich alle Abänderungsvorschläge der Regierungen, zur Beschlußnahme vorgelegt werden.

Um 3 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen und obiger, sowie ein anderer Antrag des Herrn Venedey als Amendement zu dem Antrag der ständigen Kommission (s. oben) verlesen. Es erhält das Wort Herr Venedey, um seinen Verbesserungsantrag zu vertheidigen, der darin besteht, daß, wenn die Fürsten nichts zu Stande bringen, ein deutscher Abgeordnetentag einberufen werde und daß der Schluß im Antrag des ständigen Ausschusses wegfalle. Herr v. Sybell zieht ebenso seinen Antrag zurück und schließt sich dem obigen Becker-Welcker'schen Antrag an, welchen Welcker mit wenigen Worten vertheidigt. Das Volk will keine Revolution, es will nur aus der Periode der Wortmacherei, der schönen Gedanken heraustreten; das ausdrücklich auszusprechen, sei gar nicht nothwendig. Sonst sind die Vorschläge dahin gerichtet, daß das Volk auf dem Rechtsboden stehe, auf dem natürlichen wie auf dem historischen Rechtsboden. An dem jetzigen Antrage ist nur manches weggelassen. Zu den Bedenken kommt noch, daß deutsche Vertreter von dem österreichischen Reichsrath, der zu ⅘ aus Nichtdeutschen besteht, ernannt werden. Diesen Tadel haben wir jetzt auch fallen lassen. Nehme man das Wahlgesetz nicht an, so sei die Giltigkeit der Reichsverfassung verworfen. — Nach einer persönlichen Bemerkung des Herrn v. Sybel, um das Zurückziehen seines Antrags zu motiviren, erhält das Wort Herr Hölder (Stuttgart): Wenn die Fürsten von der Voraussetzung etwa ausgegangen, daß sie die Reform so dem Volke auferlegen könnten, so werde ihnen die heutige Debatte zeigen, daß das deutsche Volk mitsprechen will. Das mag in Oesterreich Sitte sein, daß man heut Verfassungen giebt, morgen nimmt; in Deutschland geht das nicht durch. Die hier obwaltenden Meinungs-Differenzen seien nicht bedeutend; die Reichsversammlung könne aber doch nicht auf Grund der Reichsverfassung berufen werden; es bedürfe eines deutschen Kaisers zur Berufung; man habe aber weder einen Kaiser, noch das nothwendige Staatenhaus. Warum wolle man sich denn mit aller Gewalt die Möglichkeit einer Aenderung der Reichsverfassung verlegen. Die Reichsverfassung bestehe kraft der Beschlüsse der Nationalversammlung; eine zweite Versammlung werde dieselben Rechte haben, als die erste, die constituirende Nationalversammlung stehe über der Reichsverfassung selbst. Die deutschen Fürsten müssen da wieder anknüpfen, wo sie den Faden abgerissen haben; die Nationalversammlung trage in Folge der Halbheit ihres Verhaltens auch Schuld daran. Die deutsche Reichsverfassung kranke an einem Fehler: man könne nicht zustimmen, wie dort die Frage wegen des Oberhauptes geregelt ist. Redner kritisirt noch des Weiteren die Reichsverfassung. Wie die Sachen liegen, müsse man sich für ein Directorium entscheiden, ohne Gewalt, auf friedlichem Wege könne man nicht anders. Darum dürfe man sich auch nicht den österreichischen Vorschlägen gegenüber in der Negative verhalten, auf die Delegirtenversammlung dürfe man aber nicht eingehen, denn das wäre ein Rückschritt. Das Volkshaus sei der archimedische Punkt, mit dem Volkshause werde das deutsche Volk Alles erreichen, was ihm nothwendig ist. —

Herr Jung (Köln): Man sei einig darüber, daß man nicht mithelfen wolle zur Wiederbelebung des ziemlich beseitigten Bundestages. Nur eine Bundesversammlung sei competent zu Beschlüssen. Den Fürsten werde der Vorwand, den Hr. Schulze angeführt, nicht werden. Der Commissionsantrag sei gewunden, die Schlußsätze der einzelnen Punkte heben den Anfang auf; man gebe da der maßlosesten Interpretation Raum; Nr. 4 gebe vom preußischen Standpunkte viel zu bedenken, und diesen Standpunkt theile nicht bloß die Regierung, sondern auch das preußische Volk. Die Fassung des Antrages Welcker-Becker sei conciser, klarer und vorzuziehen. Hr. v. Unruh präcisirt zunächst seinen persönlichen Standpunkt. Er halte sich für einen guten Preußen; ein guter Preuße sei aber vor Allem ein guter Deutscher, sonst nähme man einen beschränkten Standtpunkt ein. Die Initiative auf Einigung Deutschlands kann nur von Oesterreich oder Preußen ausgehen; der kleinere Staat kann ohne Revolution nichts erreichen, dazu fehle ihm die Wucht. Wer kann denn nun eher die deutsche Aufgabe lösen: Preußen oder Oesterreich? Sicher Preußen mit seiner deutschen Bevölkerung, seiner unverhältnißmäßig großen Armee. In Preußen gehört zur Lösung der Aufgabe nach innen nur guter Wille, und dann entwickelt sich die auswärtige Politik von selbst. Preußen käme dann von selbst in die ihm gebührende Stellung.

Unter den jetzigen Verhältnissen könne allerdings Preußen die Aufgabe nicht lösen. Schwierig bleibt aber doch für Oesterreich, seine innere Aufgabe zu lösen. Redner erörtert das Verhältniß noch des Weiteren; Oesterreich habe viel geleistet, in den letzten Jahren große Hoffnungen erweckt und treibe es jetzt nicht Gaukelspiel, sei es ihm Ernst, so könne man in die dargebotene Hand schlagen. Vorschläge werden die Preußen annehmen, sie sind nicht in der Lage, für sich etwas zu beanspruchen. Es ist zu beklagen, daß Preußen seiner Aufgabe nicht genügen kann. — Was die Berufung eines deutschen Parlaments betrifft, so tritt Redner den Ausführungen Hölders bei. Durch die Verweisung auf die damaligen Bundesbeschlüsse wolle er aber den Rechten des deutschen Volks Nichts vergeben. Wir Preußen können auf eine preußische Spitze nicht hindeuten; ebensowenig wollen wir eine österreichische Spitze;

*) Wir machen darauf aufmerksam, daß, um die hier folgenden interessanten Debatten genau zu verfolgen, es nothwendig ist, das österreichische Project (s. Nr. 389 dies. Ztg.) und die Ausschußanträge, auf welche sich die römischen Ziffern beziehen (s. Nr. 390 dies. Ztg.) zur Hand zu haben. Anm. d. Red.

die Frage liegt aber noch nicht vor, denn erst müssen wir ein deutsches Parlament haben. — Keine Deputation, keine Petition, kein Almosen! Alles muß erarbeitet werden!! (Beifall.)

Zu dem Antrage Welcker-Becker hat Hr. Blöm (Düsseldorf) vorgeschlagen ad 2 zu sagen: daß deshalb eine deutsche Nationalversammlung nach Maßgabe der für die erste deutsche Nationalversammlung ergangenen Bestimmungen schleunigst einberufen werde; ad 3. daß dieser Nationalversammlung alle Vorschläge vorzulegen seien. Hr. Blöm begründet dieses Unteramendement, um ein formelles Bedenken zu beseitigen. Außerdem kenne man noch nicht das österreichische Projekt; zum Volke habe noch keiner der Fürsten gesprochen. Ehrlich mag es der Kaiser von Oesterreich meinen, er hat aber bisher nur zu Fürsten gesprochen. Hier spreche man zum Volke, obgleich auch die Fürsten uns hören. Der Commissionsantrag leide sicher an Widersprüchen, das Volk werde diese Anträge nicht verstehen. Das Wort des Kaisers brauche nicht unbemerkt hier vorüber zu gehen, aber Beschlüsse fassen könne man nicht über eine Vorlage, die man noch gar nicht kenne. Das alles sei ja vorläufig nur noch schätzbares Material. Wir brauchen keine Geschenke; wer sein Recht fordert, braucht kein Geschenk zu nehmen. Herr Völk (Augsburg) für die Ausschußanträge. Man sei sich gegenseitig vor Allem Wahrheit schuldig. In München sei er gut deutsch, in Frankfurt sei er gut bairisch. Man dürfe nicht warten, bis die Fürsten das Volk über die Vorlage fragen, denn sonst könnte man lange warten. Jetzt schon müsse man sich kritisirend äußern, so lange die Sache noch im Flusse ist, und dann werden die Fürsten darauf Rücksicht nehmen, weil sie müssen, wenn sie wollen, daß ihr Werk gelingt. Es sei nicht räthlich, die Anträge Welcker's anzunehmen. Wolle und kenne man nicht die Revolution, so müsse man nicht Dinge verlangen, die nur auf dem Wege der Revolution zu erreichen sind. Man dürfe nicht drohen ohne Macht, die Drohung zu vollziehen. Man dürfe nicht Rechte verlangen, die man nicht zur Geltung bringen kann. Revolutionen kann man nicht machen, Revolutionen kommen von selbst, sie sind wie die reinigenden Wetter, damit aber, daß man immer vom Wetter spricht, führt man es nicht herbei; man dürfe nicht zu viel Legitimismus in die Reichs-Verfassung hineintragen, damit thue man ihr nichts Gutes. — Man dürfe nicht das deutsche Volk mit Unwahrheiten bedienen, nicht mit Schmeicheleien. Die Organisation des deutschen Volkes kann nicht fix und fertig aus dem Hirn des deutschen Volkes hervorgehen; er hat aber Anknüpfungspunkte gegeben und diese darf man nicht abweisen. Nicht der Bundesstaat, sondern der Staatenbund ist in dem Reformplan ausgesprochen; die hier enthaltenen Verbesserungen müssen angenommen werden. Das Ideal kann nicht sofort ins Leben treten, die Natur geht organisch vorwärts, nicht in Sprüngen. Das Directorium ist nicht unannehmbar, ist jedoch ein Fortschritt und dafür sieht man es in Baiern an. (Wir bedauern die vortreffliche Rede nicht wörtlich geben zu können; sie machte unendlichen Eindruck und wurde mit stürmischem, anhaltendem Beifall begleitet.)

Herr Schüller (Jena) stellt ein Unteramendement.

Herr Becker (Dortmund): Gerade die Vorredner haben gezeigt, daß die Schwierigkeiten wachsen würden, wenn man sich jetzt schon auf die Kritik der Reformvorschläge einließe. Der Vergleich mit den Legitimisten sei nicht zutreffend.

Dr. Löwe (Calbe) beim Besteigen der Tribüne mit Beifall empfangen: Er habe mit Rührung, aber auch mit Humor, den Verhandlungen beigewohnt, wegen der Vertrauensseligkeit, mit der man an das Recht knüpft. Vor Allem schaffe man sich Macht, vor Allem Macht. Man sei hier eigentlich einig, nur in der Taktik verschieden. Es handle sich hier wirklich nur um die Verhandlung mit der bestehenden Macht. Man müsse den Fürsten die Zeit geben, sich auszusprechen. Seit dem Ende des deutschen Reichs prozessire man mit den deutschen Fürsten, der Prozeß ist noch nicht beendigt. Möglich ist es schon, daß die Fürsten einen Ausgleich nicht wollen, aber das wisse man doch nicht mit Bestimmtheit, man müsse sie zu Worte kommen lassen, sie hören und ihnen sagen, daß man ein formelles Recht habe. Vielleicht werde der Kaiser von Oesterreich sich überzeugen, daß man mit der Macht allein nichts ausreichen kann. Mit der Reichsverfassung stehe und falle er, sie ist der Anker, den man bei Sturm und Wetter auswerfen kann, um das Vaterland zu retten; sie muß der Einigungspunkt sein, der im gegebenen Augenblick alle freiheitlichen Elemente bindet.

Man möge nicht Dinge fordern, die durchzuführen man nicht im Stande ist. Wenn irgend Jemand das Recht habe, die deutsche Nationalversammlung von 1848 und 1849 zusammen zu berufen, so sei er es. Werde er die Berufung ausführen? (Heiterkeit.) Die Heiterkeit bestätige, daß dies eine Donquixoterie sein werde, aber die Ausführung der gemachten Vorschläge sei auch nichts Anderes. Möge man einstimmig die Commissionsanträge annehmen. (Anhaltendes Bravo, Beifallklatschen.) — Herr Metz (Darmstadt): Nur die Ausschußanträge hätten ja doch trotz aller Einwände dagegen allein die Majorität in Aussicht; so möge man nach außen hin das Bild der Einigung zeigen und diese Anträge annehmen. Ein Antrag auf Schluß wird angenommen. Herr Fischer (Breslau) nimmt seinen Antrag zurück. — Der Berichterstatter Herr Häusser vertheidigt die Ausschußanträge gegen die Angriffe. Die Anträge seien allerdings logisch und deutlich. Die Kritik des Projects sei gewiß nicht mit Sammethandschuhen geführt, sondern mit nackter Hand. Das Recht darf man nicht vergessen, das geschieht aber auch nicht in den Anträgen. Die Thatsache der fürstlichen Initiative sei aber doch nicht hoch genug anzuschlagen, wenn auch die Unfruchtbarkeit resultire. — Die gebotene Gabe ist nicht werthlos, die Idee einer festen Zusammenfassung ist gut, nur die Ausführung ist ungenügend. Der Politik thun wir keinen guten Dienst, wenn wir erklären, in der jetzigen Lage müsse man das Gebotene prüfen; — ein bloßes ablehnendes Nein wäre ein Fehler. Er stehe der Reichsverfassung näher als dem Project; aber die Reichsverfassung ist nicht das Höchste, Deutschland ist das Höchste! Der Anfang einer Revolution mag die Reichsverfassung sein, das Ende wird sie nicht sein. (Beifall.) — Herr Trabert zieht seinen Antrag zurück, — ebenso Herr Welcker mit einigen Bemerkungen; namentlich um die Eintracht herzustellen, diesem schließt sich Herr v. Sybel an unter lautem Beifall. Gleiches thun die Herren Becker, Ammermüller; Dr. Grün zieht seinen Antrag zurück, und es bleibt nun noch der Ausschußantrag, welcher unter stürmischem Beifall auch aus den Logen und Tribünen einstimmig angenommen, denn bei der Gegenprobe erhebt sich Niemand — manche schöne Damenhand stimmte bei. — Auch der Zuschußantrag der ständigen Commission (s. oben) unter Ablehnung des Unteramendement Venedey wird angenommen und damit die Sitzung um 6 Uhr geschlossen.

Zweite Sitzung des Abgeordnetentages. (22. August.)

Der Gegenstand der Tagesordnung ist die schleswig-holsteinsche Frage. Die Commission hat hierzu folgenden Antrag gestellt:

„Gegenüber dem Beschluß, den am 9. Juli d. J. die Bundesversammlung in Betreff Schleswig-Holsteins gefaßt hat, erklärt der Abgeordnetentag:

Nach altem Recht, wie nach dem Staatsgrundgesetz, welches unter der von der deutschen Centralgewalt anerkannten provisorischen Regierung am 15. September 1848 ins Leben getreten ist, sind die Herzogthümer fest miteinander verbundene und selbständige Staaten unter der Herrschaft des oldenburgischen Mannstamms.

Die Vereinbarungen von 1851/52, die das Recht der Herzogthümer verkümmern, von der Vertretung derselben niemals anerkannt, von Dänemark selbst vielfach verletzt und durch das März-Patent zerrissen sind, haben für Deutschland keine bindende Kraft.

Durch den Beschluß vom 9. Juli, welcher sich demungeachtet auf den Boden jener Vereinbarungen und der mindestens eben so ungenügenden englischen Vorschläge stellt, hat der Bundestag seiner Pflicht gegen Deutschland und die Herzogthümer nicht genügt.

Doch ist dieser Beschluß gefaßt und nicht mehr ungeschehen zu machen. Leistet Dänemark nicht Folge, so muß vor Allem, wenn nicht neue Schmach auf die alte gehäuft werden soll, der gefaßte Beschluß ungesäumt und mit voller Energie durch den Einmarsch der Bundestruppen in Vollzug gesetzt werden. Hier zuerst wird der Werth der fürstlichen Reformbestrebungen seine Probe zu bestehen haben. Ist das nationale Selbstgefühl, das die Ohnmacht unserer auswärtigen Politik als einen brennenden Schimpf empfindet, in den deutschen Regierungen lebendig geworden, so wird der Uebergang von der Vollstreckung eines unzulänglichen Bundesbeschlusses zur endgiltigen, wahrhaft befriedigenden Lösung der schleswig-holsteinischen Frage — zur Wiederherstellung des alten Rechts in seinem vollen ursprünglichen Umfang — durch den Verlauf der Ereignisse unfehlbar gebahnt werden. Weichen im Gegentheil die Bundesregierungen auch diesmal vor dieser Aufgabe zaghaft zurück, so weiß Deutschland, was es von den ihm gebotenen Reform-Entwürfen zu halten hat, und kein beschönigendes Wort würde dann die Ueberzeugung erschüttern, daß der Grundgedanke der nationalen Bewegung auch dießmal nicht erfüllt, sondern mit gehaltlosen Verheißungen erstickt werden soll."

Referent Herr Brater: Mit schwerem Herzen habe er den Bericht übernommen. Die schleswig-holsteinsche Sache sei unter den traurigen Blättern deutscher Geschichte eines der traurigsten. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft seien hier gleich schmerzlich; der Abgeordnetentag könne und dürfe sich aber nicht der Aufgabe entziehen, sich auch über diese Angelegenheit zu verständigen, wie das deutsche Parlament, wenn wir es hätten, das Wort erheben müßte. Einige Landtage hätten sich in jüngster Zeit schon mit der Angelegenheit beschäftigt, andere würden dazu noch Gelegenheit bekommen. Redner giebt einen gedrängten Rückblick auf die schleswig-holsteinsche Sache in den letzten Zeiten, als Einleitung zur Begründung der Ausschußantrage; er geht namentlich auf die Vereinbarungen von 1851—52 ein, berührt das londoner Protokoll, welche beide von dem holsteinschen Volke nie gebilligt worden sind. Aber auch die dänische Regierung habe die Vereinbarung nicht gehalten, habe nur daraus genommen, was ihr vortheilhaft war, und Dinge gethan, welche für die große deutsche Nation eine Schmach sind. Der Bundesbeschluß gründe sich auf die Vereinbarungen von 1851—52, und auf die englischen Vorschläge, die eben so wenig taugen, wie jene Vereinbarungen.

Der oldenburg'sche Antrag sei nur von wenigen deutschen Regierungen, denen man dafür danken müsse, unterstützt worden. Die vom Bunde am 9. gestellte Frist ist abgelaufen und hat er auch mit diesem Beschlusse einen Fehler begangen, so würde er doch den Fehler damit nicht wieder gut machen, daß man einen Schimpf auf sich ladet, und das würde geschehen, wenn man die bestimmt ausgesprochine Drohung jetzt nicht verwirklichte. Mit Annahme des oldenburg'schen Antrages hätte man dies Alles vermieden. Der Bundestag könnte aber auch jetzt auf das alte Recht zurückgehen. — Diesen Weg kann der Bundestag jetzt nicht betreten, er kann nach dem Beschlusse vom 9. Juli plötzlich auf eine neue Basis nicht überspringen ohne radicale Umgestaltung der Verhältnisse. — Der Einmarsch werde bei der dänischen Halsstarrigkeit zu weiteren Conflicten, zum Kriege führen. Der Krieg breche jeden Vertrag, entbinde den Bund jeder Verpflichtungen, auf den Vereinbarungen zu bleiben, der Bund kann auf das alte Recht zurückgehen. Leiste Dänemark passiven Widerstand, so könne mit Recht der Bund weiter gehen, könne die Basis des Bundesbeschlusses verlassen. Der Vollzug des Beschlusses werde also über kurz oder lang auf den richtigen Weg führen, wenn die deutschen Regierungen nur wollen und das alte Recht herzustellen entschlossen sind. Das will der Ausschuß mit seinem Antrage aussprechen. Dieser Vorschlag entspreche übrigens der Stimmung und den Beschlüssen in den Herzogthümern.

Einwendungen behalte sich Redner vor. Betreffend den letzteren Theil des Antrags, so ist hier der Zusammenhang mit der deutschen Verfassungsfrage nicht willkührlich, sondern nothwendig. Hier muß sich zeigen, was wir von den Reformvorschlägen zu halten haben, und ob die Fürsten der Nation eine nach außen würdige Machtstellung geben wollen. Wissen die Fürsten, was das Volk will und braucht, so müssen sie sich in dieser Frage zuerst und unfehlbar aussprechen. Diese Frage kann man nicht mehr in der bisherigen Weise behandeln und gleichzeitig behaupten, man habe ein Herz für die nationale Macht. Den Regierungen müssen wir diesen Fall an's Herz legen; wir wollen nicht Mißtrauen zeigen den deutschen Regierungen; wir wollen ihnen sagen: die That soll sprechen und spricht sie für Euch, so wollen wir Euern Willen anerkennen, im anderen Falle richten wir nach den Thaten. Der Ausschuß will die volle Wiederherstellung des alten Rechts durch die Gestaltung des Ereignisses; das ist der Sinn des Ausschußantrages. — Hr. Venedey stellt den Antrag, Alinea 4 principaliter, event. von „Weichen bis Ende" zu streichen. Der Antrag sehe aus, als sei er nicht patriotisch, als sei er nicht muthig. Er habe bei Idstedt gekämpft, er fürchte, es werde wieder so gekämpft worden, wie damals. Der Ausschußantrag gebe keine Garantie, sei nur hohle Phrase. Schmerling erwecke kein Vertrauen, er habe damals den Schleswig-Holsteinern die Waffen aus der Hand gewunden und den Dänen hingegeben; in Schmerling, der die preußische Nation mit Absatz und Sporen zugleich drückt, setze ich kein Vertrauen, mit der jetzigen Spitze wird es nichts, warten wir den günstigen Augenblick ab. (Beifall wird dem feurigen Redner gespendet.)

Hr. Gülich (aus Schleswig-Holstein) befindet sich im entschiedensten Gegensatz mit dem Vorredner, präcisirt seinen Standpunkt in der Drangperiode, er habe gegen den malmöer Vertrag protestirt. Die schleswig-holsteinische Frage werde nicht durch die Diplomatie, sondern durch das deutsche Schwerdt entschieden, aber man müsse nicht zu ängstlich sein, nicht fragen, wo ist das Recht, wenn die Ehre ruft, nicht fragen, was wird man an der Seine, an der Newa, an der Themse dazu sagen. (Beifall.) Die zwei kleinen Striche bei Schleswig-Holstein haben ihre Bedeutung: das gute Recht und die für dasselbe von Deutschland verpfändete Ehre. Redner hält einen geschichtlichen Vortrag; er theilt die Ansichten der Commission; bekämpft den Vorredner, dessen Einwände nicht neu seien. Man möge doch ein wenig dem deutschen Sinne vertrauen, aber nicht länger zögern, sondern handeln; es ist eine Schmach zu löschen, und der Redner sei ein lebendiges Zeugniß der Schmach; seit 13 Jahren sei er Verbannter. Zum Schluß erinnert er an Uhlands Worte: Jetzt Männer wahret Eure Würde u. s. w. (Anhaltender Beifall.)

Herr Welcker: In der schleswig-holsteinischen Sache ist das Unrecht nicht gesühnt, hier muß die ganze deutsche Nation zusammentreten, um die Schuld zu sühnen; die Nation hat sich vor 1848 in keiner Sache einmüthiger ausgegesprochen, als in dieser, die Fürsten haben sich 1846 angeschlossen, 1848 haben deutsche Fürsten sich den Schleswig-Holsteinern angeschlossen und dann — dann haben sie sie entwaffnet. Die Union giebt Deutschland ein Recht auf schleswigschen Boden, womit nicht gesagt sein soll, daß Schleswig ein deutsches Land sei. — Die Verträge waren und sind null und nichtig und hier ist eine offene Frage für die deutsche Nation. Wie ist es möglich gewesen, Holstein preiszugeben, ihm das Verfassungsrecht zu nehmen. Der Ausschußantrag sei namentlich in seinem Schlusse vortrefflich; das sei keine Phrase. Es ist ein revolutionärer Satz, stets behaupten zu wollen, Macht allein gebe Recht: das ist für den Weg des Unrechtes. Wer Unrecht thun will, muß die Macht haben, sonst schweigt er. Wer Recht hat, darf reden, wie der freie englische Mann noch unter den Hufen des Pferdes sein Recht vertheidigt.

Es ist keine Phrase, wenn der Antrag das Recht den Fürsten vorlegt. Damit wird ihnen nicht gedroht. In dem gegenwärtigen Zustand ist die Frage des deutschen Parlaments, die Frage der Regierung eine offene, eng verwachsen mit der schleswig-holsteinschen Frage, bis das Recht erfüllt ist. — Herr Häusser (Heidelberg): „Der Worte sind genug gewechselt", und nur mit wenigen Worten müsse er den Ausschußantrag unterstützen. Unmuth könne man ehren, aber wo die Ehre des Vaterlandes ruft, muß man dem Unmuth Stillschweigen gebieten; das Streichen des letzten Satzes trage eine ernste Gefahr. Wir beschließen nicht die Exekution; sie ist beschlossen. Wir beschließen auch nicht den Krieg, sondern wir sprechen einfach unsere Hoffnung und unsere Zuversicht aus dem gegenüber, was außerhalb geschehen. Daß die Exekution ungenügend, die Sache in falscher Bahn ist, wissen wir. Lassen wir aber den Satz weg, so kränkeln wir dem Antrag die Blässe des Gedankens an, dem Auslande gegenüber, das nicht an die That des deutschen Volkes glaubt. Eine That und jener freche Uebermuth wird schweigen! Die bessere Zukunft! Wie lange werden wir dann noch eine Zukunft in dieser Frage haben?

Auf den Herzogthümern lastet seit Jahren ein bübisches Regiment; das geht aber nicht vorüber ohne langsame Vergiftung der jungen Generation. Aber sie vertrauen dort allein auf das deutsche Volk, auf Niemanden weiter, und wir haben als dessen Vertreter die Pflicht, die Sache zu bedenken. Lassen wir den Schlußsatz weg — so sinkt auch diese letzte Hoffnung. Der erste deutsche Soldat aber wird die Hoffnung erfrischen. Was Lothringen, Elsaß beherrscht, das hat der deutsche Reichstag gethan, das deutsche Volk wird nicht zugeben, daß die Brüder oben aus der Liste der Deutschen gestrichen werden. (Anhaltender, stürmischer Beifall! Ruf: Schluß!) Der Schluß wird abgelehnt. — Hr. Roßmäßler reicht einen Verbesserungsantrag ein und vertheidigt denselben. Er glaubt nicht, daß die Bundesdiplomatie das Wort in dieser Frage einlösen wird.

Herr Wiggers (Rendsburg): Das schöne Schleswig wolle nicht von Deutschland lassen. Die Executive sage allerdings nicht zu; sie sei aber ein indirekter Weg zum Ziele hin, wenn sie nur mit den richtigen Mitteln verfolgt wird. Wer das nicht einsehe, kenne die Stimmung und die Verhältnisse des Landes nicht. Jetzt muß man sich den Umständen fügen; die Herzogthümer schlagen den allein möglichen Weg ein, wenn sie auch schon keine Geduld mehr haben, zu warten, aber durch verkehrte Wege könnten wir alles verderben und darum geht die Stimmung in den Herzogthümern dahin, daß man sich vorläufig dem Bundesbeschlusse fügen müsse, denn er führt auf Umwegen zum Ziele.

Endlich könnte doch die Kraft und der Muth im Lande nachlassen, so drückt das Regiment; jetzt ist Muth und Kraft ungebrochen. Die Hoffnung auf das deutsche Volk hält den Muth aufrecht; unser Volk ist unbesiegt aus dem Kampfe hervorgegangen; aber trotzdem man uns die Hände gebunden, tragen wir den Kopf hoch. Unsere Fahne braucht sich nicht vor dem Danebrog zu beugen; unser Lied erklingt hoch. Man nennt uns Schmerzenskinder, aber wir kommen nicht als Bettler, wir können Ihnen etwas bieten. Gleichwohl — was Sie uns geben, unsere Nationalität ist höher. Deutschlands Sache ist eng mit der schleswig-holsteinschen verwachsen und als unsre Sache niedergeschlagen, war auch die deutsche Sache verloren. Hätten wir bei Idstedt gesiegt — die Executive in Kurhessen wäre unmöglich gewesen. Möge die Sonne des Sieges endlich an den äußersten Nordmarken hervorbrechen. — Herr Crämer (Doos): Anstatt das deutsche Volk immer an das Abtragen einer Schuld zu mahnen, thäte man besser, zu schweigen. Das Streichen des letzten Absatzes mache das Ganze zu unnützer Arbeit; die ersten drei Sätze wisse jeder Schulbube.

Die zuwartende Stellung, die hier eingenommen, sei ein großer Fortschritt. Wir wollen einmal den Spieß umdrehen, wir wollen auch einmal Diplomaten sein, mit dem Unterschied, daß wir uns nebenbei unseren ehrlichen Namen bewahren! (Heiterkeit.) — Vergessen haben wir die Schleswig-Holsteiner nicht, aber wir traten ganz sachte auf und das mußten wir. Einstmals wird es anders werden — nicht eine Revolution der Straße, sondern eine Revolution in den Geistern der deutschen Männer, und dann, wenn das Recht gesiegt, dann werden wir den Brüdern oben tausend Dank sagen für ihre Ausdauer. (Beifall.) — Die Discussion ist geschlossen. Der Berichterstatter Hr. Brater beleuchtet die zu den Ausschußanträgen gestellten Abänderungsvorschläge und bekämpft sie, weist den Vorwurf der Phrasenmacherei zurück. Die vorgeschlagenen Abänderungen, meint Redner, würden auf einen falschen Weg führen und seien unrichtig. Hat die Landesvertretung ihre Schuldigkeit gethan, indem sie den richtigen Weg gezeigt, und thut die Regierung ihre Schuldigkeit nicht, so wird das Weitere zu entscheiden sein. — Erst muß abgewartet werden, was die deutschen Regierungen thun.

Bei der Abstimmung erhoben sich für die Anträge Roßmäßler, Venedey und Genossen nur einzelne Stimmen; der Commissionsantrag wird fast einstimmig angenommen. Und es tritt eine kurze Pause zur Besprechung über die Commissionswahlen in den angrenzenden Sälen ein. Vorher motivirt Hr. Roßmäßler die Zurückziehung seines Antrages auf Beschaffung billiger Volksliteratur, weil die gegenwärtigen Verhältnisse es nicht erlauben. — An der Debatte haben sich preußische Abgeordnete nicht betheiligt, denn sie wollten nicht gegen und konnten nicht für die Ausschußanträge sprechen. Auch der Abstimmung haben sich Mehrere durch Entfernung aus dem Saale enthalten. — Um 2½ Uhr wird die Sitzung aufgenommen. Die Candidaten für die ständige Commission von 20 Mitgliedern werden verlesen, es sind deren 43; das Präsidium schlägt vor, folgende 20 Mitglieder zu wählen: aus Preußen: v. Unruh, Schulze (Delitzsch), Löwe (Calbe), v. Hoverbeck, v. Sibel (Bonn); Barth, Crämer (Baiern); Joseph (Sachsen); v. Bennigsen (Hannover); Hölder, Bennigsen, Häusser (Baden); Metz (Dormstadt); Oetker (Kassel); M. Wiggers (Mecklenburg); Lang (Nassau); Fries (Weimar); Vieweg (Braunschweig); S. Müller (Frankfurt a. M.); Pfeiffer (Bremen); Wiggers (Rendsburg).

Herr v. Bennigsen schließt die Sitzung mit einigen Worten über das Wesen des Abgeordnetentages. Alles müsse im Wege der Reform durchgeführt werden; scheitere auch die jetzige Reformbewegung, so sei dies der letzte Versuch gewesen. Das deutsche Volk sei nicht blos einmüthig, sondern auch gemäßigt in seinen Ansprüchen; hoffentlich werden diese erfüllt.

Der Fürstentag.

Die Verhandlungen des Fürstentages gerathen, wie der „Nat.-Ztg." geschrieben wird, immer mehr in's Stocken. Nach Allem, was man vernimmt, stellt sich eine so große Verschiedenheit der Ansichten heraus, daß Oesterreich fast auf die Hoffnung verzichtet, hier auch nur das äußere Gehäuse seiner Vorschläge durch ein von den Souveränen unterzeichnetes Protokoll genehmigt zu sehen. Das Wahrscheinlichste ist, daß die Fürsten in den nächsten Tagen Abschied uehmen, ohne etwas zu hinterlassen, als — ihre Minister. Und da Oesterreich selbst sich mit großer Klarheit über die Unfruchtbarkeit aller bisherigen Verhandlungen durch „Mittelspersonen" ausgesprochen hat, so wird wohl niemand erwarten, daß diese mit dem hartnäckigen Vorsatz zusammenbleiben, sich nicht eher zu trennen, als bis sie deutsche Frage gelöst. Der österreichische Entwurf ist damit nicht begraben, aber sein weiteres Geschick ist wesentlich an die Gunst der europäischen Verhältnisse gewiesen, und vorerst ist er auf den Werth eines Agitationsmittels herabgesetzt. Da man sich hier gewissermaßen in einer Sackgasse befindet, so ist es auch nicht mehr als ein bloßer Zwischenfall, wenn der König von Sachsen heute mit einer ablehnenden Antwort des Königs von Preußen aus Baden-Baden zurückgekehrt ist. Der ursprüngliche Plan Oesterreichs war auf die Annahme seines Entwurfs **en bloc** in den ersten Tagen gerichtet. Nachdem dieser Plan mißlungen ist, wird in den wahrscheinlich sehr langwierigen Ministerconferenzen Preußen die Pforte stets offen bleiben.

Die „Corr. Stern" schreibt: Ich erfahre soeben, daß die Minister in voller Umarbeitung des Reformprojectes begriffen sind, was die Executivgewalt betrifft, also Directorium und Bundesrath, um eine bessere, den Machtverhältnissen mehr entsprechende Zusammensetzung herbeizuführen, worauf Oesterreich mit der größten Bereitwilligkeit eingegangen ist. Die ganze Arbeit wird fertig gemacht, Preußen der Platz offen gelassen, alles aber sofort zur Ausführung gebracht, was ohne Preußen zur Ausführung gebracht werden kann, namentlich auf Grund des Art. 36 der Bundesacte, die Volksvertretung sofort einberufen.

[König Wilhelm von Preußen] motivirt nach einer telegr. Depesche der „Presse" seine Ablehnung, zum Fürstentag zu kommen, mit Gesundheitsrücksichten, verspricht dagegen sorgsamste Erwägung der Congreßbeschlüsse. Graf Coudenhoven empfing Mittags den Bericht aus den Händen des Königs von Sachsen, und überbrachte denselben Sr. Majestät dem Kaiser nach Mainz.

Die „Neuesten Nachr." erhalten folgende Depesche aus Frankfurt vom 21. August: „Graf Rechberg hat den deutschen Kabineten ein Memoire zum Reformproject mitgetheilt, in welchem die Nothwendigkeit der Reformen als Präservativ gegen Revolutionen im Interesse der Fürsten dargelegt wird. Voraussichtlich werden nach Congreßschluß Ministerialconferenzen in Dresden stattfinden, an welchen auch Preußen theilnehmen wird. Bis heute ist noch keine Einigung erzielt. Der baierische König wird freiwillig beantragen, Baiern habe im Directorialsitz mit anderen Königen zu alterniren. Auch ein Zollcongreß von Prinzen als Fürstenvertretern wird demnächst für München vorgeschlagen werden, wonach erst am 18. October die eigentliche Zollconferenz stattfinden würde."

Frankfurt, 22. Aug. Die österreichisch gefärbte „Lithogr. Corr." schreibt: Die heutige Sitzung der Bundesfürstenconferenz begann pünktlich um 11 Uhr Vormittags und endete gegen 1 Uhr. Seitdem wird hier eine Nachricht verbreitet, die, wenn sie richtig wäre, Deutschland mit Schrecken erfüllen müßte, weil in diesem Falle das Vaterland unfehlbar einer drohenden Zukunft entgegenginge. (Nun so gar schlimm wäre es auch nicht. D. Red.) Es wird nämlich berichtet, die drei Könige von Hannover, Sachsen und Württemberg hätten das kaiserl. Reformprojekt einfach abgelehnt. Aber diese Nachricht ist, wie wir bestimmt versichern können, nur die **Fata Morgana** einer in der Wüste ihrer Feindschaft gegen den Bundesreformentwurf umherirrenden Partei. Der wirkliche Sachverhalt ist vielmehr folgender: Das Reformprojekt wurde von den Fürsten paragraphenweise der Berathung unterzogen. Der erste Paragraph wurde einstimmig angenommen. Einige Einwendungen des Herzogs von Altenburg riefen eine längere patriotische Rede des Herzogs von Coburg hervor, worauf die einstimmige Annahme des Paragraphen erfolgte. Außerdem wurden mehrere andere Paragraphen zur Erörterung gebracht und angenommen. Mit besonderer Wärme wird das Reformwerk im Sinne der Vorlage von den Königen von Baiern, Sachsen und Hannover gefördert. Nächsten Montag wird die nächste Conferenzsitzung stattfinden.

Preußen.

Berlin, 22. Aug. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem bei der Gerichts-Deputation zu Pr.-Holland als Kreisgerichts-Rath angestellten Ober-Landesgerichts-Rath Ludwig Ferdinand Sigismund v. Baczko, und dem Kreisgerichts-Rath Carl Woldering zu Ahaus, den rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem bisherigen ersten Kassirer der General-Militär-Kasse, Rechnungs-Rath Walter, und dem Dr. August Neyen zu Wiltz im Großherzogthum Luxemburg den königl. Kronen-Orden vierter Klasse, so wie dem bisherigen Kirchenkassen-Rendanten, Hufengutsbesitzer Friedrich Haensel

zu Coßdorf im Kreise Liebenwerda, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den außerordentlichen Professor in der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität zu Breslau, Dr. Meuß, zum ordentlichen Professor in derselben Fakultät; und den bisherigen Landrathsamts-Verweser, Regierungs-Assessor Hoffmann, zum Landrathe des Kreises Jüterbogk-Luckenwalde zu ernennen.

An dem evangelischen Schullehrer-Seminar in Soest ist der Pfarrer Jacobi zum zweiten, und der bisherige zweite Lehrer Fix zum ersten Seminarlehrer ernannt worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem Freiherrn Albrecht v. Nagell-Itlingen zu Beckum, die Erlaubniß zur Anlegung des von Sr. Heiligkeit dem Papste ihm verliehenen Ritterkreuzes des Pius-Ordens und der Medaille „Pro Petri Sede“ zu ertheilen. (St.-Anz.)

[Circular-Verfügung vom 15. August 1863 — betreffend die Feuergefährlichkeit des Petroleums.] Fortgesetzte Beobachtungen und Versuche haben ergeben, daß die hohe Feuergefährlichkeit des Petroleum, welche zum Erlaß der Verfügung vom 6. Dezember v. J. Anlaß gegeben hat, demselben nur im rohen Zustande beiwohnt und daß gereinigtes — durch Raffiniren von den entzündlichsten Gasen befreites — Petroleum nicht entzündlicher und deshalb in nicht höherem Grade feuergefährlsch ist, als Terpentinöl, oder als Alkohol. Es ist danach angänglich, die Vorsichtsmaßregeln, welche bei dem Transport, der Lagerung und der Verarbeitung von Petroleum zu beachten sind, und deren Zusammenstellung der königl. Regierung mit der Verfügung vom 6. Dezember v. J. mitgetheilt worden ist, auf das rohe Petroleum zu beschränken und das raffinirte — gereinigte — Petroleum nur denselben Sicherheitsmaßregeln zu unterstellen, welchen Terpentinöl und Alkohol unterliegen.

Das rohe Petroleum ist undurchsichtig, von grünlicher oder bräunlicher Farbe und hat in Folge der Beimischung von consistenten bituminösen Bestandtheilen meist die Beschaffenheit eines dünnflüssigen Theers. Das gereinigte Petroleum ist meistens vollkommen durchsichtig und sehr dünnflüssig und zeigt als besonders charakteristisches Merkmal eine schwach bläuliche Opalisirung (Schillerung), welche bei der Betrachtung gegen einen weißen Hintergrund besonders deutlich hervortritt.

Die königliche Regierung wird veranlaßt, die von ihr auf Grund der Verfügung vom 6. Dezember v. J. erlassene Polizei-Verordnung nach der obigen Bestimmung abzuändern und gleichzeitig die angegebenen unterscheidenden Merkmale zwischen dem rohen und gereinigten Petroleum zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, auch davon, daß dies geschehen, Anzeige zu machen. Berlin, den 15. August 1863.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
Graf von Itzenplitz.

Der Minister des Innern.
Im Auftrage:
von Klützow.

An sämmtliche königliche Regierungen und das königl. Polizei-Präsidium hier.

[Die Rückkehr des Königs.] Während nach den bisherigen Bestimmungen die Rückkehr Sr. Maj. des Königs nach Berlin am 30. d. M. erfolgen sollte, vernimmt die feudale „Z. Correspondenz“, „daß sich die Rückkehr des Königs so wie des Minister-Präsidenten v. Bismarck länger verzögern könnte, als bis jetzt angenommen wurde“. Die Annahme scheine „begründet, daß sich die Anwesenheit in Baden-Baden noch in den Monat September hinzieht.“

[Ueber die Zusamenkunft in Gastein] bringt die „Zeidlersche Correspondenz“ folgende Mittheilung, die, weil sie gegen die Darstellung der österreichischen Zeitungen gerichtet ist, wahrscheinlich Entgegnungen hervorrufen und zu weiteren Erörterungen Anlaß geben wird, und die wir deshalb nicht übergehen zu dürfen glauben:

Die österreichischen Zeitungen bemühten und bemühen sich noch vielfach, den Glauben zu erregen, als ob die Ueberraschungs-Vorlagen zu Frankfurt a. M. dem diesseitigen Cabinet schon früher zur Kenntnißnahme unterbreitet worden seien. Wir sind in den Stand gesetzt, allen diesen Behauptungen mit Bestimmtheit zu widersprechen. Von sehr verläßlicher Seite geht uns Genaueres über die Zusammenkunft Sr. Maj. des Königs von Preußen und Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich zu Gastein zu. Die nachstehende Mittheilung dürfte hiernach ebenfalls berichtigend für viele Referate über die dortigen Vorgänge sein. Wir schicken die Annahme voraus, daß das Schmerling-Rechberg'sche Project auf das Andringen dieser zwei Minister allerdings seitens Sr. Maj. des Kaisers ursprünglich von letzterem an Se. Maj. den König von Preußen direct nebst der dazu gehörigen Einladung zum Fürstentage hat überreicht werden sollen.

Gleich beim ersten Besuch des Kaisers bei Sr. Maj. dem Könige brachte der Kaiser Franz Joseph das Gespräch auf die bundestäglichen Verhältnisse. Die kurze Schilderung Hochdesselben ging dahin, daß, nachdem die Modificationen in der Bundes-Gesetzgebung bis jetzt vergeblich angestrebt worden seien, seitens des kaiserlichen Cabinets umfassende Vorlagen ausgearbeitet wären. Diese Vorlagen wünsche Hochderselbe so schleunig wie möglich einem von ihm zu versammelnden Fürsten-Congresse zur Beschlußfassung vorzulegen. Hochderselbe bitte, daß sein Oheim zu diesem Behufe der Einladung nach Frankfurt a. M. Folge geben möge. Se. Maj. der König habe hierauf erwidert, daß auch er von einer Nothwendigkeit der deutschen Bundesreform durchdrungen sei. Der Einladung nach Frankfurt würde seinerseits gern Folge gegeben werden; als einzige Bedingung hierfür spreche er nur den dringenden Wunsch aus, jede Einladung bis zum 1. October des Jahres hinauszuschieben. Diese kurze Zeit werde für die nöthigsten Besprechungen über die event. Vorlagen ausreichen. Se. M. der Kaiser begann hierauf zu einem anderen Gespräche abzulenken, ohne daß einstweilen über die Frage weiter verhandelt wurde. Als aber kurz vor der Abreise des Kaisers Hochderselbe Sr. M. dem Köuige noch die Worte zurief: „Ich darf Sie also, lieber Oheim, in Frankfurt a. M. erwarten“, wäre ihm seitens Sr. Maj. des Königs dahin erwidert: „Ja wohl, auf Wiedersehen in Frankfurt a. M.“! Um so größer soll allerdings das Erstaunen Sr. Maj. des Königs gewesen sein, als ihm nach einstündiger Abreise des Kaisers von Oesterreich durch einen expreß zu diesem Behufe zurückgebliebenen General-Adjutanten das eigenhändige Schreiben seines kaiserlichen Neffen die Einladung zum Fürsten-Congreß am 16. d. M. enthaltend, überreicht wurde. — Dieser Vorgang würde allerdings Manches aufklären.“

[Auflösung des Abgeordnetenhauses.] Dieselbe „Zeidlersche Correspondenz“ hält es nicht für zweifelhaft, daß nach Rückkehr der Minister eine der ersten Berathungen nicht der „etwaigen“ Auflösung des Abgeordnetenhauses, sondern dem Zeitpunkte der Auflösung gelten werde.

[Ihre Maj. die Königin Wittwe] wird heute Abend von der Reise nach Wildbad wieder auf Schloß Sanssouci eintreffen.

[Se. k. H. der Kronprinz] hat, dem Vernehmen nach, Höchstseine Abreise nach dem Schlosse Rosenau bei Koburg auf heute Abend bestimmt.

[Das Befinden Sr. k. H. des Prinzen Albrecht] (Sohn) war im Laufe des gestrigen Tages befriedigend, das Bewußtsein vollkommen klar, der Schmerz in der Stirngegend geringer, Fieber mäßig. In der Nacht trat ein mehrstündiger ruhiger Schlaf ein.

[Der Kriegs-Minister, General-Lieutenant v. Roon], wird heute Abend mit seiner Familie von seiner Urlaubsreise, zunächst aus Weimar zurückkehren.

[Die Angabe, daß eine Auflösung der berliner Stadtverordneten-Versammlung bevorstehe] wird der berliner „Mont.-Ztg.“ von kundiger Seite her als durchaus unrichtig bezeichnet. Es bestätigt sich, daß Hr. v. Bismarck in Folge des Beschlusses der Stadtverordneten zum Begräbniß des verewigten Prinzen Friedrich keine Deputation zu entsenden, telegraphisch die Weisung hat ergehen lassen, den zur Auflösung der Versammlung erforderlichen Beschluß des Staatsministerinms herbeizuführen und den desfallsigen Antrag an Se. Majestät zu richten. Man erzählt sich, daß eine Ministerberathung zu diesem Zweck stattgefunden, aber die Majorität erklärt hätte, es liege zu einem Antrage an Se. Majestät kein ausreichender Anlaß vor und man versichert, damit sei die Angelegenheit erledigt worden.

[Diplomatisches.] Die „Z. C.“ theilt mit, daß, nachdem der Minister-Resident v. Richthofen sich entschlossen hat, in Hamburg zu verbleiben, nunmehr der diesseitige Gesandte an der hohen Pforte, Brassier de St. Simon zum Gesandten für den Haag in Aussicht genommen sei.

[Steckbrief.] Die unvermählte Camilla Dabska, „nach einer polizeilichen Notiz Stiefschwester der verwittweten Gräfin Dabska, geborene Dabska auf Kolaczkowo, Kreis Wreschen, nach einer anderen polizeilichen Notiz aber Schwester des verstorbenen Grafen Dabski in Kolaczkowo, danach also Gräfin Camilla Dabska“, wird wegen vorbereitender hochverrätherischen Handlungen vom Staatsgerichtshofe steckbrieflich verfolgt.

[Zum Versammlungsrecht.] Die „Volksztg.“ erhält nachstehende auffallende Mittheilung aus Tuchheim bei Ziesar (im 2. Jerichow'schen Kreise): Hier sollte eine freireligiöse Versammlung stattfinden mit einem Vortrage von Prediger Uhlich. Sie ward dem Grafen Henckel von Donnersmarck angezeigt, der mit der Verwaltung der gutsherrlichen Polizei betraut ist. Aber der Herr Graf verweigerte die gesetzlich vorgeschriebene Bescheinigung. Der Unternehmer der Versammlung erwirkte nun vom Landrathsamte die Anweisung, daß die Bescheinigung gemäß § 1 des Vereinsgesetzes sofort gegeben werden müsse. Aber der Herr Graf erklärte, er werde und wolle nicht bescheinigen. Die Versammlung hat stattgefunden, denn die gesetzlichen Erfordernisse waren seitens der „Unterthanen“ erfüllt, nur seitens der Obrigkeit nicht; aber sind das nicht seltsame Zustände? Es ist Beschwerde darüber bei der königl. Regierung eingereicht, und über den Erfolg wird zu seiner Zeit Bericht gegeben werden.

Koblenz, 19. August [Casino-Angelegenheit.] Das Schreiben der Herren vom Civil, welche seit dem 19. Juli das Casino nicht mehr besuchen, lautet wie folgt:

Geehrte Direction! Die jüngsthin stattgehabten Vorfälle, in Folge deren es des Herrn Ober-Präsidenten v. Pommer-Esche Excellenz für geboten hielt, auf seine Stellung als Ehrenmitglied der Gesellschaft zu verzichten, geben auch uns Veranlassung, zur Zeit die Räume der Gesellschaft nicht zu betreten. Indem wir uns übrigens gleichzeitig unsere Rechte als ordentliche oder resp. Karten-Mitglieder der Gesellschaft ausdrücklich wahren, hegen wir die zuversichtliche Hoffnung, daß die obwaltenden Umstände bald wieder ihre Beseitigung finden werden.

Koblenz, 19. Juli. Ergebenst.

(Folgen gegen 40 Unterschriften, meistens von Regierungsbeamten.)

Die Direction erwiderte darauf am 21. Juli:

Nach Mittheilung des gestern von einer Anzahl ordentlicher und Karten-Mitgliedern eingegangenen Schreibens und in Erwägung, daß es zur Wahrung der durch die Aufnahme als Mitglied der Gesellschaft erworbenen Rechte lediglich der Erfüllung der nach §§ 22 und 32 der Statuten den Mitgliedern obliegenden Verpflichtungen bedarf, wobei es jedem anheimgestellt bleibt, die Gesellschaft zu besuchen oder nicht; daß daher die Anzeige eines Mitgliedes, die Räume der Gesellschaft aus irgend welchem Grunde zur Zeit nicht betreten zu wollen, unter Vorbehalt aller Rechte gänzlich zwecklos erscheint, daß endlich der Direction „obwaltende Umstände“, deren Beseitigung ihr ohne die Selbstständigkeit der Gesellschaft zu verletzen, möglich wäre, nicht bekannt sind: beschließt die Direction, nur um dem muthmaßlichen Wunsche der Unterzeichner vorgedachten Schreibens — daß nämlich dessen Inhalt zur Kenntniß der Gesellschaft gelange — zu willfahren, daß eine von dem Secretär-Director beglaubigte Abschrift u. s. w. im Gesellschaftssaale affichirt werde.

Bonn, 21. Aug. [Adresse an den Abgeordnetentag.] Der hiesige constitutionelle Verein hat unter dem 19. August an den heute in Frankfurt zusammentretenden Abgeordnetentag eine Adresse gerichtet, in der es heißt: „Sie, hochverehrteste Herren, sind zwar nicht mit der Macht ausgestattet, Ihren Beschlüssen unmittelbar Geltung zu verschaffen, aber Sie können protestiren gegen jeden Versuch, der von anderer Seite her gemacht wird, sich allein die Berechtigung zu entscheidenden Beschlüssen über Deutschlands Zukunft beizulegen.“

Deutschland.

Baden-Baden, 20. Aug. [Se. Maj. der König von Preußen] traf gestern Abend 9 Uhr glücklich von Wildbad hier ein. In Allerhöchstseinem Gefdlge befand sich auch der Ministerpräsident v. Bismarck. In Lichtenthal stiegen Se. Majestät in den Wagen der Frau Großherzogin von Baden, welche ihrem erlauchten Vater entgegengefahren war. Mittags 3½ Uhr kam der König von Sachsen von Frankfurt hier an und hatte um 9½ Uhr eine kurze Besprechung mit dem Könige von Preußen. Der König von Sachsen, welcher ursprünglich heute Mittag wieder nach Frankfurt zurückzukehren beabsichtigte, hat die Einladung zum Diner um 5 Uhr bei den preußischen Majestäten angenommen. Se. Maj. der König von Preußen wird der Collectiv-Einladung der Fürsten nach Frankfurt nicht folgen. (N. Pr. Z.)

München, 22. August. [Die Volksvertretung für das Reformproject.] In der heutigen außerordentlichen Sitzung der Abgeordnetenkammer sagte der Präsident Hegnenberg in einer bezüglich der Reformacte gehaltenen Ansprache: Lassen Sie uns Zeugniß geben, daß die bairische Volksvertretung in dem vorgelegten Reformentwurf den Ausgangspunkt einer besseren Zukunft Deutschlands, daß sie in dem Congresse der Fürsten den ersten Schritt von dem Worte zur lang ersehnten That erkenne, indem wir die freudige Gelegenheit erfassen, durch einmüthige Kundgebung unserer Gesinnung uns dem Einheitsbestreben anzuschließen und dasselbe zu fördern. Die ganze Kammer erhob sich schließlich auf die Aufforderung des Präsidenten und brachte den „nach Einigung strebenden deutschen Fürsten in Frankfurt“ ein dreifaches Hoch.

Coburg, 20. Aug. [Die Kronprinzessin von Preußen] ist gestern Abends, von Potsdam kommend, zum Besuch ihrer Mutter hier eingetroffen. Der Besuch des Kronprinzen von Preußen wird erst am Sonnabend erwartet. (C. Z.)

Leipzig, 21. August. [Verbot.] Die königliche Kreisdirection macht bekannt, daß durch rechtskräftiges Erkenntniß die Confiscation und Vernichtung von Band V. und VI. der Varnhagen'schen Tagebücher ausgesprochen worden und daher jede fernere Verbreitung und Ankündigung der genannten Bände straffällig sei.

Oesterreich.

Wien, 20. August. [Direkte Wahlen für das deutsche Parlament. — Französisch-russische Verständigung.] Der „D. A. Z.“ wird geschrieben: Man behauptet hier, daß für den Fall, daß die Mission des Königs von Sachsen an den König von Preußen von keinem günstigen Erfolge begleitet sein sollte, der Congreß in Frankfurt eine Wendung nehmen werde, welche manche in den letzten Wochen von Seiten der Presse nur schüchtern hingeworfene Andeutungen zur Wahrheit machen dürfte. Für den Fall, daß die Linke des Congresses, Baden, Sachsen-Coburg und Sachsen-Weimar, den Antrag auf directe Wahlen stellen sollte, dürfte derselbe von österreichischer Seite insofern keinen Widerstand zu erwarten haben, als sich der Kaiser darauf beschränken würde, die Beibehaltung des indirecten Wahlmodus für die deutsch-österreichischen Bundesprovinzen zu verlangen. Gutem Vernehmen nach wird der Kaiser nach Beendigung des Congresses dem König von Sachsen in Dresden einen Besuch abstatten, und deßhalb seine Rückreise über Leipzig, Dresden, Prag antreten. Hier wird diese Nachricht freudig aufgenommen, weil die Ankunft des Kaisers auf der Nordbahn Gelegenheit zu einem festlichen Empfange und feierlichen Einzug des Kaisers durch die Stadt bieten würde. Bemerkenswerth ist, daß, während man in Paris, so lange eine gegründete Aussicht auf eine Spaltung in Deutschland, deren Vergrößerung man vom Fürstentage erwartete, vorhanden war, sich in Lobeserhebungen Oesterreichs überbot, jetzt, wo die Dinge in Frankfurt eine andere Wendung genommen haben, auch ein Umschwung der Stimmung daselbst eingetreten ist. Die officiöse französische Presse beginnt, wie die heutige „France“ beweist, gegen die österreichische Initiative einen nergelden Ton anzuschlagen. — Interessant ist, daß sich gleichzeitig die Symtome einer herannahenden russisch-französischen Verständigung mehren. Ich führe als Beleg hierfür nur den mehr als versöhnlichen Ton der französischen Antwortsnote und die unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zu unterschätzende Thatsache an, daß der Kaiser Alexander vor seiner Abreise dem Herzog v. Montebello einen Glückwunsch für den Kaiser Napoleon zum 15. August übersandte. Oesterreich kommt diese Wendung, gewissen Verdächtigungen gegenüber, sehr gelegen. Es heißt, daß der Erzherzog Ferdinand sich nach Frankreich begeben werde, um den Kaiser, der in den ersten Tagen des nächsten Monats nach Biarritz geht, daselbst zu besuchen.

Krakau, 16. Aug. [Prozeß Bentkowski.] Wie bekannt, hat Herr Bentkowski im Lager des gewesenen Dictators Langiewicz eine hervorragende Stellung eingenommen; später wurde er während seines Aufenthalts in Krakau aus Anlaß einer bei ihm vorgenommenen Hausdurchsuchung der hiesigen Strafbehörde übergeben, jedoch in der darauf erfolgten Untersuchung wegen der ihm zur Last gelegten Gesetzübertretung bereits wieder auf freien Fuß gesetzt. Nun verlangt aber ein preußisches Untersuchungsgericht die Auslieferung des Herrn Bentkowski wegen des in Preußen nach dem preußischen Strafgesetze begangenen Verbrechens des Hochver aths. Die Auslieferung wurde aber von Oesterreich nicht zugestanden, wohl aber hatte das Oberlandesgericht über Herrn Bentkowski vor der Hand die Verwahrungshaft verhängt; gegen diese Haft hat der Verhaftete die Berufung eingelegt und es soll der oberste Gerichtshof der Berufung des Herrn Bentkowski wider den oberlandesgerichtlichen Beschluß keine Folge zu geben befunden haben. Der Verhaftete bleibt also, dem bestehenden Gesetze gemäß, bis der preußische Untersuchungsrichter vollkommen glaubwürdige Beweise oder rechtliche Verdachtsgründe des ihn angeschuldigten Verbrechens binnen einer bestimmten Frist beigebracht haben wird oder dies zu thun unterläßt, wegen des ihm preußischerseils angeschuldigten Verbrechens des Hochverraths in einstweiliger Verwahrung. (Wand.)

Lemberg, 21. Aug. [Mordversuch.] Heute Nachmittags fand auf offener Straße ein Mordversuch gegen den Plätz-Lieutenant Winkler statt. Ein unbekannter junger Mann versetzte ihm einen schweren, jedoch ungefährlichen Stockschlag über den Kopf, versuchte dies zu wiederholen, wurde aber verhaftet.

Belgien.

Brüssel, 20. August. [Der katholische Congreß zu Mecheln] hält jeden Vormittag zwei Gesammt-Sitzungen, von denen die letzte öffentlich und den Vertretern der Presse zugänglich ist. Außerdem haben die fünf Abtheilungen am Vormittag Spezial-Debatten. In der fünften Section, welche mit der Presse und den Mitteln, der katholischen Publicität einen neuen Aufschwung zu geben, sich beschäftigt, hat man den Beschluß gefaßt, ein großes internationales Organ in dem Maßstabe der „Independance“ zum Zwecke der Vertheidigung katholischer Interessen zu begründen. Nebenbei wurde erörtert, ob die katholischen Zeitungen Theater-Annoncen bringen, am Sonntage erscheinen dürften u. s. w. und die Frage bejaht, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Redactionen dazu die Erlaubniß der geistlichen Behörden einholen. Fürst Czartoryski hat in der genannten Section einen mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag zu Gunsten Polens gehalten. In der vierten Abtheilung über „christliche Kunst“ hat man dem gothischen Baustyle ausschließlichen Beifall gezollt und sämmtliche Kunstwerke und Bauten der Renaissance als heidnischen Sinnes verurtheilt. In der dritten Abtheilung hat man sich gegen nackte Statuen ausgesprochen. In der Gesammt-Sitzung hat Herr Verspayen die Beschlüsse der ersten Section über eine allgemeine Organisirung des Peterspfennigs zur Anzeige gebracht. Im Namen der zweiten Abtheilung hat Herr Graf v. Melun der Privat-Wohlthätigkeit die unbegrenzteste Freiheit (namentlich in Bezug auf Stiftungen und Vermächtnisse) zuerkannt. Alle diese Beschlüsse sind vom Congresse einstimmig genehmigt worden. In der öffentlichen Gesammt-Sitzung hat Herr Dechamps über den Zweck der Versammlung gesprochen.

Großbritannien.

London, 20. August. [Die österreichische Bundesreform.] Man kann nicht leugnen, daß selbst jene englischen Blätter, die seit Jahren das neue wie das alte Oesterreich mit Abneigung und Mißtrauen betrachten, die Nachricht von der österreichischen Einladung zum Fürstencongreß mit Staunen zwar, aber nicht ohne Wohlwollen aufgenommen haben. Allmählich jedoch scheint diese Stimmung sich zu ändern. So unterwirft heute „Daily News“ die österreichischen Vorschläge einer scharfen Kritik. „Nie, sagt das Blatt, hatte ein Monarch eine bessere Gelegenheit, einen Nebenbuhler auszustechen als der Kaiser von Oesterreich in seinem neulichen Antagonismus gegen Preußen. Franz Joseph brauchte nur den schwankenden Liberalismus Berlins zu überbieten, und in Frankfurt ein Reform- oder Unionsprojekt vorzuschlagen, welches wenigstens den gemäßigten Liberalen Deutschlands annehmbar geschienen hätte. Statt dessen, was hat Oesterreich geboten? Einen illusorischen, unbilligen, unausführbaren und so gearteten Plan, daß er selbst den versammelten Fürsten als ein politischer Rebus, dem Volke aber als eine Täuschung und Schlinge erscheinen muß. Die neue Bundesexekutive soll so zusammengesetzt sein, daß die Majorität derselben in die Hände Oesterreichs und Baierns fällt, zweier durch Politik und Verschwägerung eng zusammenhängender, katholischer und in vielen Stücken retrograder Höfe. Solch ein Vorschlag ist nichts Geringeres als eine Beleidigung Norddeutschlands, und anstatt Preußen seine Anhänger abwendig zu machen, ist er geeignet, ganz Deutschland auf Preußens Seite zu treiben. Man hatte uns schon vorausgesagt, daß die Ideen Rechberg's und selbst Schmerling's, als nicht genügend vorgeschritten, dem Streben Deutschlands kaum genügen würden; und wahrlich, die Vorschläge, mit denen der Kaiser in Frankfurt auftritt, werden das Mißtrauen gegen Oesterreich, von welchem die Herzen der weitsichtigsten deutschen Patrioten erfüllt sind, nicht verringern.“ Indem nun „Daily News“ zu den anderen Bestimmungen des Reformprojects übergeht (wobei, beiläufig gesagt, es dem englischen Blatte widerfahren ist, entweder den Text des Reformentwurfs gar nicht vor sich gehabt oder ihn falsch gelesen zu haben), fährt es fort: „Die österreichischen Staatsmänner haben durch den Vorschlag ihres Kaisers nur gezeigt, daß sie eben so weit hinter den deutschen Ideen zurück sind, wie Oesterreich selbst in politischen Bedürfnissen, in socialer, intellectueller und politischer Entwickelung hinter Deutschland zurück ist. Der Schritt, den Oesterreich gethan hat, müßte zum ungeheuren Gewinn Preußens ausschlagen ..... denn die bloße Andeutung solcher Vorschläge muß die sogenannte großdeutsche Partei sprengen und die des Nationalvereins verstärken ..... Hoffen wir, daß dem deutschen Patriotismus noch eine größere Zukunft bevorsteht. Der Congreß wird jedoch nicht ohne Ergebniß bleiben. Der Großherzog von Baden und der Großherzog von Sachsen-Weimar werden hoffentlich gegen die Ausführbarkeit der österreichischen Vorschläge protestiren, und auf die Fürsten-Versammlung wird eine Zusammenkunft von Volks-Delegirten folgen, die nach dem Scheitern der Fürsten-Versammlung größeres Gewicht haben wird, als wenn man ihr erlaubt hätte, von selbst zusammenzutreten. Was — so schließt der Artikel — Deutschland braucht, ist eine von den Vertretern des Volkes verkündete „Bill of Rights.“

Rußland.

Unruhen in Polen.

Wilna, 19. Aug. Es war keinen Augenblick zweifelhaft, daß das Attentat auf unsern Adelsmarschall Domejko eine willkommene Gelegenheit bieten würde, um neue Verfolgungen hervorzurufen, neue Maßregeln zu rechtfertigen. Sie wissen bereits, daß die beiden Brüder Rewkowski, weil sie angeblich von dem Attentate Kenntniß gehabt, diese ihre Wissenschaft mit dem Tode des Erhängtwerdens haben büßen müssen. Heute habe ich Ihnen nun wiederum von zwei Exekutionen zu berichten, welche ebenfalls aus demselben Anlaß erfolgt sind. Wie weit die Hingerichteten irgend eine Schuld trifft, kann ich nicht wissen und lasse deshalb die amtliche Bekanntmachung sprechen. Nach dieser sind die Einwohner von Wilna, Joseph Jablonski, Carl Sipowicz und Boleslaw Lomanowicz durch ein Kriegsgericht für überführt erklärt, „daß sie dem s. g. National-Comite als geheime Spione und Polizei-Agenten für die Stadt Wilna Dienste geleistet, die von demselben anbefohlenen Morde begangen, auch demselben den Eid der Treue geleistet, daß Siponowicz um die gegen das Leben des wilnaer Adelsmarschall gerichtete Verschwörung gewußt, daß ihm endlich zugleich mit den Brüdern Rewkowski, welche bereits ihre Strafe erlitten, die Ausführung des Attentats Anfangs übertragen gewesen sei." In Folge dieser Feststellung hat Jablonski und Siponowicz heute um 11 Uhr auf dem Marktplatze der Stadt Wilna die Todesstrafe erlitten. Lomanowicz dagegen, welcher ebenfalls zum Tode verurtheilt worden ist, ist mit Rücksicht auf sein offenes Geständniß unter Verlust aller bürgerlichen Ehrenrechte zu lebenslänglicher Deportation nach den Bergwerken — begnadigt worden. — Vorgestern feierte das hier garnisonirende Leib-Regiment sein „Regimentsfest." Nachdem am Vormittag ein Gottesdienst abgehalten wurde, hielt Murawieff eine Parade desselben ab, bei welcher er einen Soldaten decorirte. Hierauf fand auf dem Kasernenplatze unter Zelten ein Diner statt, an welchem auch Murawieff, aus seiner Gewohnheit heraustretend, Theil nahm, und den Toast auf Se. Majestät brachte, von dem bald darauf ein telegraphischer Gruß anlangte. Abends war die Kaserne erleuchtet. — An demselben Tage wurde folgende Farce aufgeführt: Es erschien bei Murawieff eine aus 25 Personen bestehende Deputation aus dem Kreise Marianopol. Der Sprecher behauptete, sie käme im Namen von 5000 Bauern, um Murawieff in Folge der bedrängten Lage des Kreises um seinen Schutz und die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung zu bitten, wofür sie ihrerseits Dorfwachen bilden und dem Militär beim Unterdrücken des Aufstandes behilflich sein wollten. Murawieff nahm die Deputation gnädig auf und versprach, „bei ihnen eine strenge Militär- und Civilregierung einzuführen, da sie in einem Kreise wohnen, in welchem die Truppen des wilnaer Militärbezirks zur Sicherung der Eisenbahn doch stationirt sind." Die Sache wäre ganz schlau eingefädelt, wenn hier nicht jedes Kind wüßte, daß im Kr. Marianopol im Ganzen kaum 5000 Bauern vorhanden sind, und daß gerade dort der Bauernstand sich mehr als irgendwo dem Aufstande angeschlossen hat, und daß deshalb nur die strengen Maßregeln noch verschärft werden sollen. — Auf Befehl Murawieff's ist der dünaburger Adelsmarschall Graf Ludwig Plater nach Orenburg transportirt worden, um dort internirt zu werden. Dasselbe Loos trifft die Gemahlin des ebenfalls im dünaburger Kreise angesessenen Sigismund Bujnicki; ihre Schuld besteht darin, daß ihr Mann sich seiner Verhaftung durch die Flucht entzogen hat. — Der hier verhaftete Graf Adam Plater ist seiner Haft entlassen worden, nachdem er sich zur Unterschrift der Ergebenheitsadresse bereit erklärt hatte. (Ostd. Z.)

Krakau, 20. August. [Excesse. — Weiteres über die Niederlagen der Insurgenten.] Die hiesige Bevölkerung ist durch das Scheitern der beiden Expeditionen, die in der Nacht zum 15ten d. M. nach Polen vordrangen und dort von den Russen aufgehoben wurden, in eine fieberhafte Aufregung gerathen, die sich bereits in groben Excessen Luft gemacht hat. Am 13. hatte sich das Gerücht verbreitet, daß Expeditionen von Einwohnern des in der Nähe von Krakau unweit der Grenze gelegenen Dorfes Prontnik Bialy dem österreichischen Militär und den Russen verrathen worden seien. Dies Gerücht durchlief wie ein Blitz die Stadt und rief den Entschluß hervor, an den Einwohnern von Prontnik Bialy Rache zu nehmen. Ein Zug nach dem Dorfe und ein Angriff auf dasselbe schien wohl nicht ausführbar, zumal man wußte, daß das Militär in den Kasernen consignirt war. Man beschloß daher einen Sturm gegen die den Bäckern aus Prontnik gehörigen, in der Stadt gelegenen Brodthallen, die zum Theil mit Vorräthen reichlich gefüllt waren. Gegen Abend rotteten sich zahlreiche Volkshaufen der untersten Klassen zusammen und zogen lärmend und schreiend nach den bezeichneten Brodthallen. Die in denselben anwesenden Bäcker wurden herausgezogen und aufs gröblichste gemißhandelt, die vorhandenen Brodtvorräthe geraubt und unter die Menge vertheilt und die Brodthallen gänzlich demolirt. Hierauf ging der Zug nach einem in der Nähe befindlichen Hause, in welchem sich ebenfalls eine bedeutende Brodtniederlage aus Prontnik Bialy befand. Die dort vorhandenen Vorräthe wurden geraubt und vertheilt und das Haus größtentheils demolirt. Das Werk der Beraubung und Zerstörung war in einer halben Stunde vollbracht. Erst dann schritt das Militär ein und trieb die raubgierigen Haufen auseinander. — Am 17. fand hier unter großer Betheiligung des Publikums die Beerdigung von drei an der polnischen Grenze von österreichischem Militär getödteten Zuzüglern statt. — Meinem gestrigen Bericht über das Gefecht am czernochower Walde (am 16.) habe ich noch eine charakteristische Einzelnheit hinzuzufügen. Die Bauern der Umgegend, die bei jeder Gelegenheit eine große Erbitterung gegen die Insurgenten an den Tag legen, hatten sich in zahlreichen Haufen zusammengeschaart und hielten während des Gefechts den Wald besetzt, um den Insurgenten nach jener Seite die Flucht abzuschneiden. Viele Insurgenten, die in dem Walde Schutz gegen die russischen Kugeln suchen wollten, wurden von den Bauern ergriffen, ausgeplündert und größtentheils erschlagen. Die Leichen wurden nackt ausgezogen und im Walde zurückgelassen. — In den Tagen vom 15. bis 17. fanden längs der krakauischen Grenze 7 Gefechte statt, deren Resultat die Vernichtung nicht blos der beiden Zuzüglerschaaren, sondern auch der Chmielinski'schen Insurgenten-Abtheilung war, die sich der Grenze bis Wolbrom genähert hatte, um die Zuzügler zu empfangen. Die Gesammtverluste der Russen in diesen 7 Gefechten werden auf mindestens 250 Mann angegeben. Ein Theil der russischen Truppen wurde vom General Fürst Schachowskoi, der andere vom General Czengieri commandirt. Ersterer ist durch einen Schuß in das linke Bein verwundet worden. Die Insurgenten haben außer einem Verlust von circa 258 Mann ihre sämmtlichen Waffen und Ausrüstungsgegenstände eingebüßt, die theils den Oesterreichern, theils den Russen in die Hände fielen. (Bromb. Z.)

△▽ **Kattowitz**, 23. August. [Die Verbindung mit Warschau vollständig abgebrochen.] Die Communication auf der Warschau-Wiener Eisenbahn ist zwischen **Czenstochau und Piotrkow ganz unterbrochen, so daß warschauer Briefe schon seit zwei Tagen nicht eingetroffen. Die Insurgenten haben nämlich fast alle Brücken zwischen obengedachten Stationen trotz der großen Wachsamkeit von Seiten der Russen durch Feuer vernichtet. Selbst die große Brücke zwischen Czenstochau und Klomnice ist nicht verschont geblieben.** Die Herstellung derselben dürfte längere Zeit in Anspruch nehmen. — Das war das Werk einer einzigen Nacht, von Freitag auf Sonnabend. Dies einzige Factum mag wohl genügen, um die Angabe des amtlichen „Dziennik Powszechny", der den Aufstand in Polen schon unterdrückt wissen will, vollständig zu widerlegen.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Frankfurt, 22. August. Die Fürsten treten heute zu einer Sitzung zusammen. In der Bildung des Bundes-Directoriums soll eine Veränderung derart eintreten, daß statt des Wahlprinzips für den 4. und 5. Bundesdirector Alternirung stattfindet.

Hannover hat sein Erscheinen auf der münchener Zollconferenz zugesagt.

Die Wohnungen der hier weilenden Fürsten sind auf eine weitere Woche gemiethet worden. (Presse.)

Frankfurt a. M., 23. August. In der gestrigen Fürsten-Conferenz begann man die Reformakte artikelweise der Berathung zu unterziehen. Artikel 1. „Erweiterung des Bundeszweckes" wurde nach einer Einwendung des Herzogs von Sachsen-Altenburg, welche eine längere Rede des Herzogs von Koburg veranlaßte, einstimmig angenommen. Nächstdem wurden noch einige andere Artikel erörtert und genehmigt. Das Reformwerk im Sinne der Vorlage soll mit besonderer Wärme von den Königen von Baiern, Sachsen und Hannover befürwortet worden sein. Die nächste Conferenz wird morgen stattfinden.

Kiel, 23. August. Das Spruch-Collegium der Universität hat über den Verfassungs-Conflict zwischen der deutschen Majorität der schleswigschen Stände-Versammlung und dem königlichen Kommissarius ein Rechts-Gutachten dahin abgegeben, daß der letztere durchaus unbefugt gewesen sei, der Ständeversammlung die Entscheidung über die Giltigkeit der Wahlen zu verwehren.

Frankfurt a. M., 23. Aug. Das „Frankfurter Journal" veröffentlicht die Depesche des Herrn v. Bismarck an den preußischen Gesandten in Wien de dato 14. August. Dieselbe erzählt die Details, betreffend die Einladung des Königs von Preußen nach Frankfurt. Am 7. August habe ein kaiserliches Handschreiben den König ersucht, wegen der Badekur einen Prinzen nach Frankfurt zu entsenden. Denselben Tag noch habe der König abgelehnt. Herr v. Bismarck hält es der Würde des Königs nicht entsprechend, in Frankfurt Vorschläge, worüber Preußen nicht gehört worden, entgegenzunehmen. Zu eigener Initiative sei der Moment nicht geeignet. Sollte gleichwohl Preußen veranlaßt werden, sich auszusprechen, so könnte es nur in einer nach Volkszahl der Einzelstaaten aus directen Wahlen hervorgehenden Volksvertretung eine geeignete Grundlage erkennen.

Nach der „Europe" würde nächsten Donnerstag die Rückäußerung Dänemarks über den Bundestagsbeschluß vom 9. Juli zu erwarten sein. Dieselbe besage: Dänemark könne den Vorlagen des Bundestages nicht entsprechen, werde die Bekanntmachung vom 30. März aufrecht erhalten und eine Bundesexecution als Feindseligkeit gegen die Würde der Krone und gegen die Existenz der dänischen Monarchie betrachten. — Die „Europe" versichert, daß die Grundzüge eines Defensiv- und Offensivvertrages zwischen Dänemark und Schweden bereits verabredet seien, und daß eine Bundesexecution das Signal zum Einmarsch schwedischer Truppen in Dänemark sein würde.

Paris, 22. Aug. Der „Courrier du dimanche" glaubt die nachfolgende identische Schlußfassung der drei letzten nach Petersburg gesandten Noten verbürgen zu können. Dieselbe laute: Es bleibt jetzt dem Gouvernement die gebieterische Pflicht zu erfüllen, die ernsteste Aufmerksamkeit des Fürsten Gortschakoff für die Schwere der Lage und die Verantwortlichkeit, welche es Rußland auferlegt, anzurufen. Oesterreich, Frankreich und England haben es als dringlich bezeichnet, daß dem bedauernswerthen Zustande, der voll von Gefahren für Europa, ein Ende gemacht werde; sie haben die Mittel angezeigt, deren Anwendung ihnen als eine Pflicht erscheint, um zu diesem Ziele zu gelangen. Wenn Rußland nicht Alles, was von ihm abhängt, thut, um die gemäßigten und versöhnlichen Absichten der drei Mächte zu verwirklichen, wenn es den durch die freundschaftlichen Rathschläge bezeichneten Weg nicht betritt, so wird es für die schweren Consequenzen, welche die Verlängerung der polnischen Unruhen nach sich ziehen kann, verantwortlich.

⁂ **Breslau**, 24. August. [Alarmirung der Feuerwache. Gestern Vormittag wurde der Hauptfeuerwache alarmirt, da der auf den Bodenräumen des zum Grundstücke Matthiasstraße Nr. 73 gehörenden Hinterhauses in der Nähe des Schornsteins hervordringende Rauch einen Balkenbrand vermuthen ließ. Ein solcher wurde indeß nicht vorgefunden, vielmehr ergab sich, daß der Rauch nur durch die offenen Fugen aus dem darunter liegenden undichten Schurz hervorkam, und daß daher eine wirkliche Feuersgefahr nicht vorhanden war.

Angekommen: Graf v. Waldersee, Chef-General der Kavallerie, aus Posen. Le Conte Ferra de Castello-Branco, Rentier, aus Lissabon. Seine Durchlaucht Fürst Blücher von Wahlstatt und Graf Blücher von Wahlstatt aus Radun. Graf Suchodolski aus Warschau. Fürst Stanislaus Stoiowski nebst Gefolge aus Petersburg. Hubingessen, Consistorialrath, aus Salzburg. Koch, Ober-Bau-Inspektor, mit Frau aus Posen. (Pol.-Bl.)

H. **Hainau**, 19. Aug. In der vorgestern abgehaltenen General-Versammlung des Turnvereins wurde beschlossen, zu Anfange des Monat September ein Stiftungsfest des Vereins abzuhalten und dazu auch auswärtige Turnvereine einzuladen. Das aus den Mitgliedern: Kreisrichter Seibt, Apotheker Mettin, den Kaufleuten Matthes, Thiel und Bauer bestehende Festcomite wird ein Festprogramm entwerfen.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 22. Aug. 10 U. Ab.	330,82	+10,4	W. 2.	Bedeckt.
23. Aug. 6 U. Mrg.	331,40	+9,8	NW. 2.	Trübe.
2 U. Nachm.	331,90	+12,2	NW. 3.	Trübe.
10 U. Abds.	332,26	+10,2	N. 0.	Trübe.
24. Aug. 6 U. Mrg.	332,07	+10,2	SW. 1.	Trübe.

Breslau, 24. Aug. [Wasserstand.] O.-P. 12 F. 3 Z. U.-P. — F. 6 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 22. August, Nachm. 3 Uhr. Die Spekulanten waren beruhigt. Die Rente eröffnete zu 67, 55, fiel auf 67, 45 und schloß in besserer Haltung, aber unbelebt, zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93⅜ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 60. Italien. 5proz. Rente 72, 65. Ital. neueste Anleihe 72, 80. 3prz. Spanier —. 1prz. Spanier 47¾. Oesterr. Staats-Eisenb.-Aktien 428, 75. Creditmobilier-Aktien 1107, 50. Lomb. Eisenb.-Aktien 552, 50.

London, 22. August, Nachm. 3 Uhr. Silber 61—61 1/16. Türkische Consols 49⅜. Consols 93 3/16. 1proz. Spanier 48. Mexikaner 38⅛. 5proz. Russen 94½. Neue Russen —. Sardinier 89½.

Wien, 22. August, Nachm. 12 Uhr 30 Minuten. Fest. 5proz. Metalliques 76, 80. 4½proz. Metalliques 69, —. 1854er Loose 96, —. Bank-Aktien 795, —. Nordbahn 171, —. National-Anlehen 82, 30. Credit-Aktien 192, 10. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 191, —. London 111, 80. Hamburg 83, 50. Paris 44, 25. Gold —. Böhmische Westbahn 162, 50. Neue Loose 135, 30. 1860er Loose 101, 45. Lomb. Eisenbahn 246, —.

Frankfurt a. M., 22. Aug., Nachm. 2½ Uhr. Niedrigere pariser Notirungen drückten österr. Effekten um etwas. Böhm. Westb. 73. Finnländ. Anl. 89⅞. Schluß-Course: Ludwigshafen-Berbach 144⅜. Wiener Wechsel 104½. Darmst. Bank-Aktien 235. Darmst. Zettel-Bank 255½. 5proz. Metalliques 67. 4½prozentige Metalliques 60. 1854er Loose 84 B. Oesterreichische National-Anl. 71⅞. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 208 B. Oesterreichische Bankantheile 830. Oesterreich. Credit-Aktien 199½. Neueste österreichische Anl. 90⅝. Oesterr. Elisabetbahn 128 B. Rhein-Nahebahn 29¾. Hessische Ludwigsbahn 128⅛.

Hamburg, 22. August, Nachm. 2 Uhr 30 M. Die Börse war geschäftslos. Norwegische Anleihe nur einzeln 99¼ bez. Finnländ. Anleihe 88 Br. Wetter trübe. Schluß-Course: National-Anleihe 72⅝. Oesterr. Credit-Aktien 84⅞. Vereinsbank 104⅛. Nordd. Bank 106¼. Rheinische 100½. Nordbahn 64. Disconto —.

Hamburg, 22. August. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, ab auswärts sehr flau. Roggen loco sehr flau, ab Ostsee geschäftslos, ab Königsberg per Herbst 67—68, per Frühjahr 69 Thlr., Danzig pr. Frühjahr zu 70 Thlr. angeboten. Oel Oktober 28—27⅞, Mai 27¾—27⅝. Kaffee Markt ruhig. Zink verkauft 7000 Ctr. Sept.-Okt.-Lieferung 12⅞.

Berliner Börse vom 22. August 1863.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anl.	4½	101⅝ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	106½ bz.
dito 1850. 52	4	98¾ bz.
dito 1854	4½	101⅞ B.
dito 1855	4½	101⅞ B.
dito 1856	4½	101⅞ B.
dito 1857	4½	101⅞ B.
dito 1859	4½	101⅞ B.
dito 1853	4	98¾ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	90⅜ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	130¼ bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	103½ G.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	91⅛ G.
Pommersche	3½	91 bz.
Posensche	4	103¾ G.
dito	3½	97¾ bz.
dito neue	4	97⅝ bz.
Schlesische	3½	95½ B.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	99½ G.
Pommersche	4	99½ B.
Posensche	4	97⅝ bz.
Preussische	4	98¾ bz.
Westph. u. Rhein.	4	98½ bz.
Sächsische	4	99¾ bz.
Schlesische	4	100¼ bz.

Louisd'or 110⅝ bz. | Oest. Bankn. 89⅞ bz.
Goldkronen 9.7¼ b.G. | Poln. Bankn. 92¼ bz

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metalliques	5	69 B.
dito Nat.-Anl.	5	73⅞ bz.
dito Lott.-A.v.60	5	90¾, ⅞ u ¾ bz.
dito 54er Pr.-A.	4	86¼ etw. bz.
dito Eisenb.-L.	—	80¾ bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	91 bz.u B
dito 4½% Anl.	4½	— — —
dito Poln. Sch.-Ob.	4	78 bz.u.G.
Poln. Pfandbr.	4	— — —
dito III. Em.	4	90¼ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	89½ bz.
dito à 300 Fl.	5	90¾ G.
dito à 200 Fl.	–	22¾ G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	56¼ B
Baden. 35 Fl. Loose	—	31½ etw.bz.u.B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märkische	4½	100¾ B.
dito II.	4½	100½ bz.
dito IV.	4½	100 bz.
dito III.v.St.3½g.	3½	82¾ B.
Cöln-Minden	4½	101½ G
dito II.	5	104¼ B.
dito	4	95¾ G.
dito III.	4	94¼ B.
dito	4½	101½ G.
dito IV.	4	93 bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	91¾ G.
dito III.	4½	97½ B.
Niederschl. Märk.	4	98⅛ B.
dito conv.	4	98 G.
dito III.	4	96½ G.
dito IV.	4½	101 G.
Niederschl. Zweigb. Litt. C.	5	101½ B.
Oberschles. A.	4	98 B.
dito B.	3½	87⅝ B.
dito C. u. D.	4	97¼ G.
dito E.	3½	84¾ G.
dito F.	4½	101 G.
Oest. Franz.	3	269½ à 269 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	262 bz.u.B.
Rhein v. St. gar.	4½	101⅜ B.
Rhein.-Nahe-B. gar.	4½	100½ G

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1861	1862	Zf.	Cours
Aachen-Düsseld.	3½	3½	3½	93 B.
Aachen-Mastrich	0	0	4	34½ bz.
Amsterd.-Rottd.	5 1/15	6	4	106¼ G.
Berg.-Märkische	6½	6¼	4	109 bz.u.B.
Berlin-Anhalt	8¼	8½	4	153 bz.
Berlin-Hamburg	6	6¼	4	122½ bz.
Berl.-Potsd.-Mg.	11	14	4	193 bz.
Berlin-Stettin	7 1/12	7 5/12	4	136⅜ bz.
Böhm. Westb.	—	—	5	73 bz.
Breslau-Freib.	6⅞	8	4	138¼ bz.
Cöln-Minden	12¼	12⅝	3½	182 bz.
Cosel-Oderberg	0	½	4	67¼ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	92½ G.
dito dito	—	—	5	98¾ B.
Ludwgsh.-Bexb.	8	9	4	143 G.
Magd.-Halberst.	22½	25½	4	293 G.
Magd.-Leipzig	17	17	4	— — —
Magd.-Wittenbg.	1⅙	1 1/14	4	67¾ bz.
Mainz-Ludwgsh.	7	7½	4	128½ B.
Mecklenburger	2⅞	2¼	4	69¼ B.
Neisse-Brieger	3½	4⅜	4	94⅜ B.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	97¾ B.
Niedrschl. Zwgb.	1½	2 11/12	4	66 G.
Nord., Fr.-Wilh.	3	3½	4	64¾ bz.
Oberschles. A.	7 3/5	10 11/15	3½	161 à 162 bz.
dito B.	7 3/5	10 11/15	3½	146 bz.
dito C.	7 3/5	10 11/15	3½	161 à 162 bz.
Oestr. Fr. St.-B.	6 7/10	—	5	113¾ bz.
Oestr.südl. St.-B.	8⅗	—	5	145 bz.u.B.
Oppeln-Tarn.	⅚	2⅓	4	65¾ G.
Rheinische	5	6	4	101½ bz.
dito Stamm-Pr.	5	6	4	107½ bz.
Rhein-Nahebahn	0	—	4	27¾ G.
Rhr.Crf.K.Gldb.	3 11/15	4½	3½	99 bz
Stargard-Posen	4	6	3½	105¼ bz.
Thüringer	6⅔	7⅔	4	128½ bz

Bank- und Industrie-Papiere.

	1861	1862	Zf.	Cours
Berl. Kassen-V.	5 11/15	5 11/15	4	116 G.
Braunschw. B.	4	4	4	75¾ G.
Bremer Bank	5⅗	5	4	108 G.
Danziger Bank	6	6	4	101½ B.
Darmst. Zettelb.	8⅗	9	4	102¼ G.
Geraer Bank	5¾	7⅛	4	98½ bz.
Gothaer „	4½	5½	4	93¼ B.
Hannoversche B.	4½	5	4	100⅛ B.
Hamb. Nordd. B.	5	6	4	104⅝ G.
„ Vereins-B.	5 5/16	6 1/12	4	103½ G.
Königsberger B.	5⅗	5½	4	101½ G.
Luxemburger B.	10	10	4	104½ B.
Magdeburger B.	4 1/15	4 1/15	4	92⅜ G.
Posener Bank	5 11/15	5 11/15	4	96¼ G.
Preuss. Bank-A.	4 7/10	6 1/25	4½	127½ B.
Thüringer Bank	2⅚	3	4	70⅝ G.
Weimar „	4	5	4	90¼ B.
Berl. Hand.-Ges.	5	9	4	109¼ G.
Coburg.Credb.A.	3	8	4	94¾ etw. bz.
Darmstädter „	5	6½	4	94⅛ G.
Dessauer „	0	0	4	5⅝ G.
Disc.-Com.-Ant.	6	7½	4	100⅞ bz
Genfer Credb.A.	2	—	4	59¼ à ½ à ⅜ bz.B.
Leipziger „	3	3½	4	83⅛ etw. bz.
Meininger „	6	7	4	98¼ G
Moldauer Lds.-B.	1 7/15	2 1/15	4	36¼ B.
Oesterr.Credb.A.	7¾	8½	5	85½ à ¾ bz.u.B.
Schl. Bank-Ver.	6	6	4	102¾ bz.
Minerva	0	—	5	30 G.
Fbr.v.Eisenbbdf.	5¼	—	5	104¼ etw. bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	k. S.	142¼ bz.
dito dito	2 M.	141¾ bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	150⅞ bz.
dito dito	2 M.	150⅜ bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 20⅞ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	79⅔ bz.
Wien 150 Fl.	8. T.	89½ bz.
dito dito	2 M.	88¾ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	56. 24 bz.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99¾ bz.
dito dito	2 M.	99¼ G.
Frankfurt a. M. 100 Fl.	3 M.	56. 24 bz.
Petersburg 100 S.-R.	3 W.	102¾ bz.
dito dito	3 M.	101¼ bz.
Warschau 90 S.-R.	8 T.	92 bz.
Bremen 100 Thlr.	8 T.	109⅞ bz.

Breslau, 24. August. Wind: Nord-West. Wetter: regnicht. Thermomter Früh 10° Wärme. Der heutige Markt verlief bei ruhiger Stimmung und nicht belangreichen Angeboten zu unveränderten Preisen.

Weizen matter, pr. 84 Pfd. weißer 68—76 Sgr., gelber 65—72 Sgr. — Roggen gut behauptet, pr. 84 Pfd. 48—50—53 Sgr. — Gerste ruhig, pr. 70 Pfd. 38—40 Sgr. — Hafer nur alte Waare fest, pr. 50 Pfd. alter 31—34 Sgr., neuer 27—29 Sgr. — Erbsen still. — Wicken schwach zugeführt. — Oelsaaten, matter. — Bohnen ohne Frage. — Schlaglein ruhig, 6⅙—6⅔—7 Thlr. — Rapskuchen gefragt, 55—58 Sgr. pr. Centner.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen (neuer)	68—71—75	Wicken	46—48—50
Gelber Weizen (neuer)	66—68—72		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen (neuer)	48—50—53	Schlag-Leinsaat	190—200—219
Gerste (neuer)	38—39—41	Winter-Raps	210—224—232
Hafer	28—31—34	Winter-Rübsen	208—220—224
Erbsen	50—52—56	Sommer-Rübsen	— — — —

Kleesaat begehrt bei unbedeutendem Angebot, rothe 11—16 Thlr. weiße 14—19⅓ Thlr. pr. Centner. Thymothee 6—7½ Thlr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd netto 28—32 Sgr., pr. Metze neue 1½—2 Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco und Termine 13 Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 15⅔ Thlr., Herbst 15½ Thlr.

Theater-Repertoire.

Montag, den 24. August. **„Der Freischütz."** Romantische Oper in 3 Akten von Fr. Kind. Musik von C. M. v. Weber. (Agathe, Frl. Braun.)

Dinstag den 25. August. 1) **„Eine Partie Piquet."** Lustspiel in 1 Akt von Fournier und Meyer. 2) **„Fortunio's Lied."** Komische Operette in 1 Akt von H. Cremieux und L. Halevy, bearbeitet von G. Ernst. Musik von J. Offenbach. (Paul Friquet, Fräul. v. Bulyowsky, vom Victoria-Theater zu Berlin. 3) **„Ein Berliner in Wien."** Posse mit Gesang in 1 Akt von Langer und Kalisch. Musik von Conradi. 4) **„Der Rosenkranz."** Tanz-Divertissement.

Sommertheater im Wintergarten.

Montag, den 24. August. (Gewöhnl. Preise.) **Benefiz für Hrn. und Frau Groß.** Zum 4. Male: **„Die Maurer von Berlin,** oder: **So was macht Spaß."** Volksstück mit Gesang und Tanz in 4 Akten und 8 Bildern von E. Pohl. Musik von verschiedenen Componisten. — Anfang des Concerts um 4 Uhr. Anfang der Vorstellung um 6 Uhr. Nach der Vorstellung Fortsetzung des Concerts.

Eine Reliquie aus der Schlacht an der Katzbach.

In unseren Mauen befindet sich noch der letzte Gefangene des 26. August 1813, Namens Isidore Deshayes. Derselbe, aus Tournay bei Lille gebürtig, hatte unter Napoleon die Feldzüge in Spanien und Deutschland mitgemacht und fiel am 26. August in die Hände der preußischen Landwehr. Seit jener Zeit lebt er ununterbrochen hier in Breslau. Viele Jahre ernährte er sich vom französischen Unterricht, jetzt aber altersschwach und dem Erblinden nahe, ist er ganz auf die Hilfe seiner Mitmenschen angewiesen. Möge man an den fröhlichen Festmahlen zur Feier des Gedenktages der glorreichen Schlacht auch des ehemaligen „Feindes" nicht vergessen, der von unserm gastlichen Herde Hilfe erwartet. Vielleicht sind die Zeitungs-Expeditionen so gefällig, milde Gaben für den 82jährigen Greis anzunehmen.*) Derselbe wohnt Ritterplatz Nr. 10, im Hofe 2 Stiegen. [1479]

*) Sehr gern. **Expedition der Breslauer Zeitung.**

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.